

Leseprobe aus:



ISBN: 978-3-87134-167-0

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Herfried Münkler · Marina Münkler

Die neuen Deutschen
Ein Land vor seiner Zukunft

Rowohlt · Berlin

1. Auflage September 2016
Copyright © 2016 by Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin
Satz aus der Documenta, InDesign,
bei Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin
Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck, Germany
ISBN 978 3 87134 167 0

Inhalt

Inhalt

Einleitung: Pascals Wette

1. Grenzen, Ströme, Kreisläufe – wie ordnet sich eine Gesellschaft?

Eine Welt in Bewegung: die jüngsten Flüchtlingsströme
Wohlstandszentren, Arbeitskräftewanderung und Bevölkerungsentwicklung

Grenzregime und Strömelenkung in der Geschichte

Das Migrationssystem von Stadt und Land: eine Ordnung ausgleichender Stabilisierung

Philosophien des Nomadismus und der Sesshaftigkeit

Die Begegnung mit dem Fremden: zwei Typen der Stadt

2. Der moderne Wohlfahrtsstaat, die offene Gesellschaft und der Umgang mit Migranten

Staatliche Kontrolle und rechtliche Selbstbindung

Die doppelte Verwundbarkeit des Sozialstaats

Ressentiment gegen Flüchtlinge versus Befähigung der Neuankömmlinge

3. Migrantenströme und Flüchtlingswellen: alte Werte, neue Normen, viele Erwartungen

Alles fließt: die Metaphorik des Fluiden

Das Leben im Exil und die Suche nach einer neuen Heimat:

Fluchtursachen und der Faktor Zeit

Die Organisation der Flucht: Schlepper, Schleuser, Menschen-smuggler

Der Fremde als Gast: Gastmetaphoriken in einer ungastlichen Welt

Normative Selbstbindungen im Umgang mit Bürgerkriegs-flüchtlingen: Menschenrechte, Solidarität, Barmherzigkeit

4. Deutschland, Europa und die Herausforderung durch die Flüchtlinge

Was ist eine Nation? Die deutsche Debatte über das kulturelle Selbstverständnis des Landes und die politische Spaltung der Gesellschaft

Der vigilantistische Terror und die demonstrative Willkommenskultur

Die Angst vor «Überfremdung» und die Furcht vor muslimischen Parallelgesellschaften

Die EU in der Flüchtlingskrise und der deutsche Versuch, den Schengenraum zu retten

5. Aus Fremden «Deutsche» machen

Vorüberlegungen zu einer erfolgversprechenden Integrationspolitik

Parallelgesellschaften: Durchgangsschleusen der Integration oder Räume dauerhafter Trennung?

Staat, Arbeitsmarkt und Zivilgesellschaft: die Imperative vorausschauender Integrationspolitik

Ein europäisch vergleichender Blick

Aus Fremden «Deutsche» machen

Anmerkungen

Literatur

Dank

Einleitung: Pascals Wette

Der Flüchtling sei ein «Bote des Unglücks», heißt es bei Bertolt Brecht.¹ Das ist er zweifellos, und zwar nicht nur ein Bote seines eigenen Unglücks, sondern auch einer des Unglücks seines Landes, seiner Landsleute und der ganzen Region, aus der er geflohen ist. Denen, in deren Land er meist unerwartet kommt, ruft er das relative Glück ihres Lebens in Erinnerung: Was Frieden und Sicherheit, Ruhe und Wohlstand wert sind, wird uns häufig erst durch solche «Boten des Unglücks» wieder bewusst. Im Ankunftsland der Flüchtlinge löst das recht unterschiedliche Empfindungen und Reaktionen aus: Während die einen dankbar dafür sind, wie gut es ihnen geht, und diese Dankbarkeit in die Bereitschaft umwandeln, den Unglücklichen zu helfen, fühlen sich andere durch die ungebetenen Gäste gestört und hoffen, dass sie so schnell wie möglich wieder verschwinden. Für noch einmal andere sind die Flüchtlinge Eindringlinge, die man verjagen will, denen man gar Gewalt androht; als Zeichen, dass diese Drohung ernst gemeint ist, stecken sie die für sie vorgesehenen Unterkünfte in Brand.

So ist Deutschland seit dem Herbst 2015 zu einem gespaltenen Land geworden: Auf der einen Seite viele – und viel mehr, als man erwarten konnte –, die geholfen haben, wo und so gut sie konnten, und auf der anderen Seite eine mit dem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen wachsende Gruppe, die einfach die Grenzen schließen will und sich demonstrativ für unzuständig erklärt: Sollen, so ihre Forderung, die Flüchtlinge die Botschaft ihres Unglücks doch andernorts verkünden – hier wolle man sie nicht hören! Die gesellschaftliche Spaltung in der Flüchtlingsfrage hat inzwischen zu dramatischen Umbrüchen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland geführt; die Folgen werden für lange Zeit spürbar sein. Deutschland wird aus dieser Herausforderung als ein anderes Land hervorgehen. – Es steht vor seiner Zukunft und ringt mit der Frage, welche Zukunft es sein soll.

Wenn hier von den «neuen Deutschen» die Rede ist, so sind damit keineswegs nur die Neuankömmlinge gemeint, die sich irgendwie mit den Alteingesessenen arrangieren werden. Sicher, es geht zunächst um

sie und um die Frage, wie sie sich erfolgreich integrieren können – wobei erfolgreich heißt, dass sowohl die Flüchtlinge als auch die bereits hier Lebenden davon profitieren. Doch es geht ebenso um die deutsche Gesellschaft, die sich angesichts des Umstands, dass sie sich seit längerem nicht mehr biologisch reproduziert, sondern auf Zuwanderung angewiesen ist, wenn sie ihre Bevölkerungszahl halten will, neu definieren und eine veränderte Identität entwickeln muss. Insofern gehören auch die alten Deutschen zu den «neuen Deutschen». In beiden Fällen ist die Frage offen, mit was für «neuen Deutschen» wir es in Zukunft zu tun haben werden: Bei den Neuankömmlingen geht es darum, ob sie sich in Deutschland einleben, hier Arbeit finden und die deutschen Grundwerte als die ihren annehmen werden – oder eben nicht, was hieße, dass sie sich in Parallelgesellschaften gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft abschotten würden. Das hätte dann zur Folge, dass sie mit Argwohn beobachtet würden und sie wiederum eine noch größere Distanz zur Bevölkerungsmehrheit suchten. Und bei den Alteingesessenen wird es darum gehen, ob sie die Flüchtlinge eher als Chance oder als eine Last und Bedrohung sehen und welche Schlussfolgerungen sie aus ihrer jeweiligen Sichtweise ziehen. Auf jeden Fall aber ist klar, dass sich die Integration, wenn sie erfolgreich verlaufen soll, über Jahre hinziehen wird und die mit ihr verbundenen Herausforderungen nicht mit ein paar Verwaltungsmaßnahmen zu bewältigen sind.

Die nachfolgenden Erkundungen sind von der Überzeugung getragen, dass die Neuankömmlinge eine Chance für unsere Gesellschaft darstellen; allerdings steht immer wieder die Beobachtung dagegen, dass die Migration kurzfristig eine enorme Belastung ist: für die Verwaltungen der Länder und Kommunen, die seit Monaten an der Grenze ihrer Belastbarkeit arbeiten; für den Staatshaushalt, aus dem die zusätzlichen Aufwendungen – inzwischen ist von bis zu 200 Milliarden Euro die Rede – finanziert werden müssen, die nötig sind, um die Menschen unterzubringen und zu versorgen, aber auch, um sie aus- und weiterzubilden. Diejenigen, die im Herbst und Winter 2015 nach Deutschland gekommen sind, waren nämlich nur in wenigen Fällen auf den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet. Also muss zunächst in ihre Befähigung investiert werden, und diese Investitionen, die sich im Übrigen nicht auf die Ar-

beitsqualifikation beschränken können, wenn eine nachhaltige Integration in die deutsche Gesellschaft stattfinden soll, werden sich über einen gewissen Zeitraum hinziehen. Es wird in einigen Fällen länger dauern, in anderen kürzer, und man muss davon ausgehen, dass sie mitunter auch erfolglos bleiben, weil die Voraussetzungen für eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nachträglich nicht mehr herzustellen sind. Man sollte in dieser Frage nicht übertrieben optimistisch sein, sondern sich auch auf Enttäuschungen einstellen. Dennoch gibt es keinen Grund zu vorseilendem Pessimismus. Ein solcher wäre nur gegeben, wenn man in den Neuankömmlingen ausschließlich eine Last und nicht die Spur einer Chance sehen würde.

Dafür, dass es in jedem Fall vernünftiger ist, die Flüchtlinge als Chance und nicht als Last zu betrachten und dementsprechend zu handeln, spricht ein einfaches Gedankenexperiment, das in der Philosophiegeschichte als «Pascalsche Wette» bekannt geworden ist. Der französische Philosoph und Mathematiker Blaise Pascal hat diese Wette anhand des Problems entwickelt, dass die Existenz Gottes nicht zu beweisen ist: Wenn wir weder von der Existenz noch von der Nichtexistenz Gottes mit Sicherheit ausgehen können und die Wahrscheinlichkeit des einen wie des anderen als gleich groß zu veranschlagen ist – dann sind auch die Chancen, die Wette zu gewinnen, wenn man auf das eine oder andere setzt, exakt gleich. Was jedoch nicht gleich ist, so die Pointe von Pascals Überlegung, ist der jeweilige Einsatz: Wer gegen die Existenz Gottes wettet, gewinnt nichts, wenn er recht behält – verliert aber das ewige Leben, wenn er falschliegt. Während der, der auf die Existenz Gottes setzt, für den Fall, dass er die Wette verliert, nur nichts gewinnt – und alles gewinnt, wenn er richtigliegt.

Wenn wir das dieser Wette zugrundeliegende Kalkül auf die Frage nach dem Erfolg oder Scheitern der Flüchtlingsintegration übertragen, so ist es vernünftig, auf den Erfolg zu setzen, weil nur dieser einen gesellschaftlichen Ertrag hat – während der, der auf das Scheitern setzt, nichts gewinnt, sollte er recht behalten. In diesem Fall kommt noch hinzu, dass die Wettenden auf den Ausgang der Wette selbst Einfluss nehmen, denn selbstverständlich werden die, die auf Erfolg gesetzt haben, alles tun, um recht zu behalten, während die, die auf Misserfolg gesetzt haben, ver-

nünftigerweise nichts für das Eintreten desselben tun werden, da die Kosten sie genauso treffen würden wie die, die auf das Gegenteil gewettet haben. Kurz: Wer auf das Scheitern der Integration setzt, verliert in jedem Fall, und nur wer auf den Erfolg setzt, hat eine Gewinnchance. In diesem Sinne hat die nachfolgende Argumentation ein durchgängiges Interesse am Erfolg, kann aber nicht grundsätzlich ausschließen, dass das Projekt scheitert.

Durch die Neuankömmlinge ist eine Situation entstanden, die, unabhängig von allem Abwägen, einen Gewinn für unsere Gesellschaft darstellt. Das ist schon aufgrund des Erfordernisses der Fall, über die eigene Kollektividentität neu nachzudenken und dabei zu klären, was für sie elementar und unverzichtbar ist und was eher einer vergangenen geschichtlichen Etappe angehört. Eine derartige kollektive Selbstreflexion hat, wenn sie nicht auf eine dauerhafte Spaltung der Gesellschaft hinausläuft, die Wirkung eines Jungbrunnens, in dem sich eine politische Ordnung ihrer selbst vergewissert und sich so erneuert. Solche Selbsterneuerungen sind sonst zumeist mit Krisen und Katastrophen verbunden, im deutschen Fall etwa mit verlorenen Kriegen. Es ist die Herausforderung durch das Fremde, die gegenwärtig an deren Stelle tritt, die Beschäftigung mit dem Anderen, aus der die Vergewisserung des Eigenen erwächst. Die Katastrophe der Anderen, von der die Flüchtlinge, die «Boten des Unglücks», künden, ersetzt die Erfahrung der eigenen Katastrophe – jedenfalls dann, wenn man der Botschaft der Flüchtlinge nicht mit mürrischer Gleichgültigkeit begegnet. Es wird deswegen nachfolgend immer auch das Fremde eine Rolle spielen: die Frage, wie mit ihm umzugehen ist, wie viel Fremdheit wir aushalten wollen und wo die Annäherung der Fremden an unser Eigenes unverzichtbar ist. So hat die Debatte der zurückliegenden Monate etwa Klarheit über die individualistischen Grundlagen unseres Rechtsverständnisses geschaffen und gezeigt, dass dieses mit aller Entschiedenheit gegen gruppenbezogene Sonderrechte ethnischer oder religiöser Art verteidigt werden muss.

Es ist nicht so, dass die Flüchtlingskrise ein Land ereilt hat, das sich seiner selbst nicht sicher und von der Herausforderung restlos überfordert war. Die deutsche Gesellschaft hat den Stresstest vom Herbst 2015 durchaus bestanden. In jedem Fall hat sie das in einer für die an-

deren Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorbildlichen Form getan. Die Arbeit einiger Landesverwaltungen, die mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen deutlich überfordert waren, und einiger Landespolizeien, die nicht in der Lage waren, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern oder zumindest zügig aufzuklären, überzeugt dagegen weniger. Immerhin wurde dadurch für die Politik erkennbar, wo Reformen vonnöten sind oder es gar dringenden Handlungsbedarf gibt. Die verschiedenen mit dem Zustrom der Flüchtlinge befassten Ämter und Behörden haben Erfahrungen gesammelt, die sich, wenn daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden, bei nächster Gelegenheit als wertvoll erweisen könnten. Zunächst aber kommt es darauf an, bei der Integration der Neuankömmlinge einen langen Atem zu haben. Das wird, was die Mobilisierung von Hilfsbereitschaft und Engagement in der Bevölkerung anlangt, sehr viel schwieriger sein, als dies in der eigentlichen Situation der Ankunft war, wo es darum ging, die Menschen erst einmal unterzubringen und zu versorgen. Das härtere Stück Arbeit steht noch bevor.

Und immer, wenn auf die bevorstehenden Mühen und Lasten geblickt wird, taucht offen oder insgeheim die Frage auf, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, sich all das zu ersparen, indem man Anfang September die Grenzen geschlossen und dafür gesorgt hätte, dass die Flüchtlinge irgendwo auf der Balkanroute gestoppt oder am Übersetzen auf die griechischen Inseln gehindert worden wären. Abgesehen davon, dass dies zu einer humanitären Katastrophe geführt hätte, wären so mit Sicherheit alle Erfolge zunichtegemacht worden, die die Europäer im zurückliegenden Jahrzehnt bei der Befriedung des mittleren Balkans erzielt haben. Man hätte dann fragile Staaten mit mühsam stabilisierten Verhältnissen zwischen den ethnisch-religiösen Gruppen einer Belastungsprobe ausgesetzt, die sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht bestanden hätten. Was aber, wenn die Unruhen und Bürgerkriege, die man dort notdürftig beendet hat, wieder aufgeflammt wären? – Insofern hat die Flüchtlingskrise auch die Frage aufgeworfen, wie eine gemeinsame Sicherheitsstrategie der EU für ihre «weiche Flanke» im Südosten aussehen kann.

Doch kommen wir auf Deutschland zurück, auf die neuen und die alten Deutschen und die Aufgabe, dass sie jetzt zusammenfinden müssen: Die alten Deutschen sind dabei jene, die an der ethnischen Geschlossenheit des Volkes hängen und sich nichts anderes für die Zukunft vorstellen können. Die neuen Deutschen sind in diesem Fall nicht die Neuankömmlinge, die sich ja überhaupt noch entscheiden müssen, ob sie überhaupt Deutsche werden wollen, sondern jene, die auf ein weltoffenes und nicht mehr ausschließlich ethnisch definiertes Deutschland setzen. Zwischen beiden Seiten hat sich in der Debatte der letzten Monate eine beachtliche Kluft aufgetan, die wieder geschlossen werden muss, wenn man die bevorstehenden Aufgaben bewältigen will. Eine Grundlage dafür könnte die Einsicht sein, dass Deutschland dauerhaft auf Zuwanderung angewiesen ist, wenn es das bleiben möchte, was es zurzeit noch ist – sowohl im Hinblick auf den materiellen Wohlstand des Landes als auch auf die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats. Solch eine Zuwanderung muss freilich nicht in Form kaskadenförmiger Flüchtlingsströme auftreten – im Gegenteil: Eine geregelte Zuwanderung in einer der hiesigen Aufnahmefähigkeit angemessenen Dosierung, bei der deutsche Behörden Einfluss auf die Auswahl der Zuwandernden haben, würde sicherlich den deutschen Bedürfnissen sehr viel mehr entsprechen. Doch diese Politik ist in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten, seitdem sie angezeigt war, nicht betrieben worden.

Der Flüchtlingsstrom vom Herbst 2015 hat ein lange verdrängtes Problem auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dieses Problem besteht darin, dass ein demographisches Schrumpfen ökologisch sinnvoll sein mag, aber auf soziale und wirtschaftliche Verwerfungen hinausläuft, die eine durchgeplante und durchorganisierte Gesellschaft wie die unsere mit ihren vergleichsweise hohen Wohlstandserwartungen nicht verkraften kann. Deswegen braucht eine solche Gesellschaft kontinuierlichen Zuzug. Kontinuierliche Zuwanderung als Ausgleich für eine defizitäre biologische Reproduktion ist nicht neu, sondern eine historische Regel: So haben sich die großen Städte seit ihrer Entstehung in Mesopotamien oder im Niltal mehr als ein Jahrtausend vor Christus bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nie selbst, also durch ihre Geburtenrate, reproduzieren können; sie waren stets auf Zuzug aus dem sie umgebenden

Land angewiesen. Blieb dieser Zuzug aus, schrumpften die Städte oder verfielen, wie das in Nordwesteuropa im Frühmittelalter der Fall war. Aber es war eher eine Ausnahme, dass der Zuzug ausblieb; das Leben in den Städten war attraktiv und bot deutlich größere Annehmlichkeiten und Aufstiegschancen als das Leben auf dem Lande.

Das ist heute ganz ähnlich, nur dass an die Stelle von Stadt und Land der reiche Norden und der arme Süden getreten sind, in globaler Hinsicht, aber auch in Großräumen wie der Europäischen Union. Der globale Norden ist nicht nur reicher als der globale Süden. Er verfügt auch, wenn man einmal vom Sonderfall Russland absieht, über politische Ordnungen mit einem hohen Grad an Freiheit und einer großen Rechtssicherheit, was in den meisten Ländern des Südens nicht der Fall ist. Sicherlich sollte man die Gegenüberstellung von reichem Norden und armem Süden nicht überzeichnen und immer im Auge behalten, dass eine historische Analogie eben nur eine Analogie ist und keine Blaupause. Aber die Ähnlichkeiten zwischen der Stadt-Land-Beziehung in West- und Mitteleuropa vom 11. bis zum 19. Jahrhundert und den heutigen Nord-Süd-Konstellationen sind augenfällig, und man kann, wenn man will, aus dem Vergleich einiges ziehen, um unsere Gegenwart und ihre Herausforderungen zu analysieren.

Freilich muss dafür zwischen einem Normalzustand und immer wieder auftretenden Not- und Ausnahmesituationen unterschieden werden. Hungersnöte infolge von Missernten sowie Kriege und Bürgerkriege haben auch in der Vergangenheit zum Anschwellen von Flüchtlingsbewegungen geführt, und daran hat sich bis heute nichts geändert. In solchen Konstellationen werden die normalen Migrationsbewegungen vom Land in die Stadt überlagert; in manchen Fällen haben sie sich intensiviert, während sie sich in anderen umgekehrt haben und von der Stadt aufs Land erfolgt sind. Bei Seuchen kam es vor, dass die Menschen aus der Stadt flüchteten, was auch bei einer absehbaren Belagerung so sein konnte; während es hinter den Mauern einer Stadt durchweg sicherer war, wenn marodierende Soldateska und Räuberbanden durchs Land streiften. Aber das waren, modelltheoretisch betrachtet, Sondersituationen. Die Grundkonstellation war eine kontinuierliche Bewegung vom Land in die Stadt, da diese sich mit ihrer Geburtenrate nicht zu re-

produzieren vermochte. Auf dem Land herrschte dagegen, von Ausnahmesituationen abgesehen, ein Geburtenüberschuss, der, wenn er sich aufstaute, die sozialen Verhältnisse durcheinanderbrachte. Insofern war auch das Land auf einen kontinuierlichen Abfluss von Menschen angewiesen. Was wir in der Normalkonstellation beobachten, ist *Arbeitsmigration*, die durch *Flüchtlingsbewegungen* in Ausnahmesituationen überformt wird.

Das entspricht auch der heutigen Lage, und deswegen ist es sinnvoll, zwischen Arbeitsmigranten und Bürgerkriegs- beziehungsweise Katastrophenflüchtlingen zu unterscheiden. Auf Erstere ist der reiche Norden angewiesen, wobei sich der Arbeitskräftebedarf im letzten Jahrzehnt zunehmend von der Industrie in den Dienstleistungsbereich verschoben hat; Letztere hingegen sind ein periodisch auftretendes Problem, und weder die Zahl noch die Fähigkeiten der Flüchtlinge lassen sich ohne weiteres mit den Arbeitsmarktanforderungen in den aufnehmenden Ländern in Einklang bringen. Wenn es sich nicht um ein kurzzeitiges Exil handelt, sondern absehbar ist, dass die Flüchtlinge für längere Zeit, womöglich dauerhaft bleiben werden, kommt es also darauf an, beides miteinander kompatibel zu machen: die Neuankömmlinge mit dem Arbeitsmarkt und den Arbeitsmarkt mit den Neuankömmlingen. Modelltheoretisch betrachtet, stellen solche Sondersituationen eine Irritation der normalen Arbeitsmigration dar. Diese findet in der Regel eher stillschweigend statt, wird in Talkshows nicht diskutiert und schafft es allenfalls als statistische Größe einmal in die Nachrichten. Regelmäßige Arbeitsmigration und kaskadenförmige Fluchtbewegungen sind in der deutschen Debatte zuletzt durcheinandergeraten, und dazu hat nicht zuletzt die Diskussion über religiös-konfessionelle Prägungen, insbesondere den Islam, beigetragen, die zu einer Vermischung beider Bewegungen und der mit ihnen verbundenen Folgen für die deutsche Gesellschaft geführt hat. Um es kurz zu sagen: Die «Islamisierung» der Flüchtlings- und Zuwanderungsdebatte hat mehr Unklarheit als Klarheit geschaffen.

Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass es Fälle gibt, in denen sich der Islam bei der Integration in die europäischen Gesellschaften als Blockade erweist, und dass obendrein der islamistische Dschihad

dismus eine Bedrohung für das Sicherheitsempfinden der Menschen in West- und Mitteleuropa darstellt. Das zu bestreiten, wäre töricht, und tatsächlich hat sich beides nach den Anschlägen von Paris und Brüssel und den Übergriffen vornehmlich nordafrikanischer Flüchtlinge am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/16 mit der Debatte verbunden, wie die Aufnahme von Flüchtlingen und ihre Integration in die deutsche Gesellschaft vonstattengehen können. Aber damit ist mehr aufgeregte Emotionalität als analytische Rationalität in diese Debatte gekommen, und in der Folge dessen ist politisches Handeln schwieriger und nicht einfacher geworden. Das heißt, dass auch die Versuche erschwert wurden, Lösungen für das Problem zu finden. Die Aufgeregtheit mag verständlich sein, aber zielführend ist sie nicht. Politische Debatten sollten politisches Handeln vorbereiten und nur ausnahmsweise als eine Variante sozialpsychologischer Problembearbeitung dienen. In diesem Sinn wird nachfolgend versucht, die Herausforderungen überschaubar zu machen und mögliche Perspektiven aufzuzeigen, wie sie zu bewältigen sind.

Schon jetzt ist ein bestimmter Vorwurf absehbar, der unseren Überlegungen gemacht werden dürfte: dass sie das Problem nicht in seiner ganzen Komplexität und Vielschichtigkeit erfasst hätten, weil zu wenig von globaler Ausbeutung, insbesondere der des Südens durch den Norden, von den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, speziell des Finanzkapitalismus, und schließlich auch vom Klimawandel die Rede sei. Es ist richtig, dass diese Fragen eher gestreift oder beiläufig angesprochen werden und nicht im Zentrum des Buches stehen. Das hat wohlbedachte Gründe: Es gibt eine fatale Neigung, bei der Beschreibung von Problemen immer wieder auf Vorstellungen zurückzukommen, in denen alles mit allem in einer so komplexen Weise zusammenhängt, dass es kein politisches Handeln mehr geben kann und man eigentlich in melancholische Untätigkeit versinken müsste, wie Wagners Wotan am Ende des *Rings*, der nur noch auf das Ende der Welt wartet und darauf hofft, dass es möglichst bald eintritt. Die Beschreibung der bevorstehenden Katastrophe wird unter diesen Umständen zum ästhetischen Ereignis, aus dessen Antizipation so mancher noch einen moralischen

Gewinn ziehen zu können meint. Ein solcher Leser wird in den nachfolgenden Kapiteln nicht auf seine Kosten kommen.

Unsere Überlegungen sind von dem theoretischen Impetus getragen, Komplexität zu reduzieren, um konkretes Handeln zu ermöglichen; und sie sind von dem praktischen Impetus angestoßen, Lösungen für Probleme zu finden. Wir haben deswegen ein politisches Buch geschrieben, kein erbauliches. Dabei sind wir von der Leitidee ausgegangen, dass die Integration der Neuankömmlinge in die deutsche Gesellschaft nicht durch einfache Inklusion erfolgen kann; dass es aber genauso wenig möglich ist, die hierher Geflüchteten wieder aus dieser Gesellschaft auszuschließen. Wer meint, das Problem der Integration allein durch rechtliche Inklusion lösen zu können, der irrt; wer meint, sich die Mühen der Integration durch rechtlich abgesichertes Ausschließen vom Hals schaffen zu können, der irrt nicht minder.

Viele glauben, dass sich nichts ändern muss, damit alles so bleibt, wie es ist. Das ist ein Irrtum: Wir müssen einiges ändern, um auch in Zukunft so leben zu können, wie wir uns dies in den letzten Jahrzehnten angewöhnt haben. Also müssen wir uns jetzt überlegen, wie das Land beschaffen sein muss, beschaffen sein soll, in dem wir auch weiterhin dieses gute Leben führen können. Es ist ein beschwerlicher Weg, der nun angetreten werden muss – aber wenn wir ihn gehen, dürfte es am Ende lohnend sein.

1. Grenzen, Ströme, Kreisläufe – wie ordnet sich eine Gesellschaft?

Eine Welt in Bewegung: die jüngsten Flüchtlingsströme

Unser Bild von einer guten Zukunft ist von zwei recht unterschiedlichen Vorstellungen geprägt: zunächst, dass wir einen Ort haben, an dem wir zu Hause sind, einen Raum, der Sicherheit bietet; dass wir uns also in einer sozialen Umgebung bewegen, die uns vertraut ist und auf die wir uns, falls erforderlich, verlassen können. Nennen wir das Heimat, und zwar in dem von dem Philosophen Ernst Bloch vorgeschlagenen Sinn: ein Raum, den wir als Ort einer geborgenen Kindheit erinnern und von dem wir gleichzeitig wissen, dass unsere Erinnerung mit Wünschen und Hoffnungen durchsetzt ist, die weit über das hinausgehen, was wir tatsächlich erfahren haben. Heimat ist erinnerte Zukunft, eine Vorstellung, in der Erfahrung und Phantasma ineinander übergehen. Das verleiht ihr einen ebenso appellativen wie melancholischen Charakter.

Zugleich stellen wir uns die gute Zukunft als ein Leben vor, bei dem wir an keinen Ort dauerhaft gebunden sind, also nach Belieben reisen und die Welt erkunden können, bei dem wir die Orte, an denen wir uns aufhalten, gemäß den jeweiligen Vorlieben wechseln können – sei es, weil wir uns der vermeintlichen Langeweile und Tristesse des Bleibens entziehen wollen, sei es, weil wir andernorts bessere Möglichkeiten beruflichen Fortkommens oder persönlichen Glücks zu finden glauben. Was früher das für Not- und Ausnahmefälle gedachte *ius emigrandi*, das Recht der Auswanderung, war, ist heute zu einer verbreiteten Praxis der Lebensgestaltung geworden. In der Vorstellung eines guten Lebens sind die Imaginationen von Sicherheit und Freiheit miteinander verbunden, und diese Verbindung ist für uns essenziell, denn ohne das Eine ist das Andere nichts oder doch sehr viel weniger wert.²

Für die meisten Menschen der nördlichen Hemisphäre ist ein Leben, das diese beiden scheinbar konträren Vorstellungen vereint, tendenziell möglich: Sie haben ein Haus oder eine Wohnung, machen regelmäßig Urlaub und nutzen dies, um «die Welt» zu sehen; sie können sich frei entscheiden, ob sie an einem vertrauten Ort auf Dauer bleiben oder räumlich mobil sein wollen. Sie leben in einer Welt, in der

das Stationäre und das Mobile, das Feste und das Fluide so miteinander verbunden sind, dass sie Wahlmöglichkeit und Entscheidungsfreiheit haben. Zu dieser Freiheit gehört, dass man selbst festlegt, ob, wann und in welchem Umfang man von den Alternativen des Stationären und Mobilien Gebrauch macht und die erforderlichen Anstrengungen unternimmt. Auch wenn das nicht für alle Menschen des reichen Nordens in gleichem Maße gilt und das Ausmaß, in dem diese Freiheit in Anspruch genommen werden kann, zumeist von Einkommen und Vermögen abhängt, ist die Freiheit des individuell verfügbaren Arrangements von Ortsfestigkeit und Ortswechsel doch ein wesentliches Merkmal der offenen Gesellschaft. Eine offene Gesellschaft ist der Ermöglichungsrahmen eines guten Lebens.

Gleiches gilt für die meisten Menschen des globalen Südens nicht. Sie haben keine Perspektive einer beruflichen Karriere durch Ortswechsel, leben nicht selten unter Regimen, die sie mit Zwang in einem bestimmten Raum festhalten oder aber alles daransetzen, sie aus dem Raum, in dem sie bislang gelebt haben, zu vertreiben, wobei sie oft nicht mehr zu retten vermögen als das nackte Leben.³ Lebenslange Ortsgebundenheit und massenhafte Flucht stehen in vielen Gesellschaften des globalen Südens unmittelbar nebeneinander. Freiheit ist hier – nicht überall, aber doch vielerorts – auf den individuellen Entschluss beschränkt zu migrieren.⁴ Aber das ist kein Entschluss, der nach Belieben umkehrbar ist; diejenigen, die sich auf den Weg machen, tun dies in dem Bewusstsein, dass es für sie keine Rückkehr gibt beziehungsweise dass jede Form von Rückkehr auf das Eingeständnis eines Scheiterns hinausläuft, nachdem die Familie zuvor alle verfügbaren Ressourcen aufgebracht hat, um dem Betroffenen den Aufbruch in eine bessere Welt zu ermöglichen.

Das erklärt die große Risikobereitschaft der Migranten bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Oft erwächst Migration tatsächlich aus einer freien Entscheidung, als Einzelner oder in einer kleinen Gruppe ein besseres Leben zu suchen. In einer wachsenden Zahl von Fällen bleibt großen Bevölkerungsgruppen infolge von Hungerkatastrophen und Bürgerkriegen freilich gar nichts anderes übrig, als sich auf die Flucht zu begeben, wenn sie nicht sterben wollen – wohin auch im-

mer, nur weg aus den Räumen, die im buchstäblichen Sinn zu Todeszonen geworden sind. Das ist zwar auch eine Entscheidung, sie lässt sich aber kaum als Entscheidung aus freien Stücken bezeichnen. Im ersten Fall dominieren die Pull-Faktoren, die Aussicht auf ein besseres Leben in Ländern, die man sich als Zielgebiet der Wanderung ausgesucht hat; in letzterem hingegen die Push-Faktoren, die Ursachen, die dazu nötigen, die angestammte Heimat zu verlassen. Sicher verbinden sich in jedem Entschluss zur Migration Push- und Pull-Faktoren miteinander, aber ihre Anteile sind so unterschiedlich gewichtet, dass man es mit zwei Gruppen von Migranten zu tun hat. Bevor man den Unterschied zwischen beiden Gruppen aber zu groß macht und essenzialisiert – etwa in der Gegenüberstellung von «Wirtschaftsmigranten» und «Bürgerkriegsflüchtlingen» –, sollte man im Auge behalten, dass es auch für die meist kein Zurück mehr gibt, die ihr Land aus freien Stücken verlassen haben. Je länger der Weg ist, den man hinter sich gebracht hat, desto schwerer fällt der Entschluss zurückzukehren. Das muss eine Politik bedenken, die Flüchtlingsrouten sperrt und mit Appellen versucht, die Flüchtlinge zur Umkehr zu bewegen.

Wer sich aus mehr oder weniger freien Stücken entschieden hat zu migrieren, sucht ein besseres Leben, und meistens ist das Ziel ein Land des reichen Nordens; im Fall der Afrikaner sind das West- und Nordeuropa, bei den Mittelamerikanern die USA oder Kanada.⁵ Die Länder des Nordens jedoch sind angesichts ihrer Aufnahmekapazitäten und ihres tatsächlichen Arbeitsbedarfs bestrebt, die Armutsmigranten «draußen» zu halten, zumal diese in der Regel nicht die erforderliche Qualifikation mitbringen, um auf dem Arbeitsmarkt ihres Ziellandes reüssieren zu können; die Länder errichten zu diesem Zweck Grenzzäune und Sicherungssysteme, die dafür sorgen sollen, dass Migranten keinen Zugang zu den Räumen einer relativ freien Lebensgestaltung finden. Die Logik dahinter lautet: Um unsere Freiheit und den für deren Genuss erforderlichen Wohlstand zu bewahren, ist es erforderlich, dass der Zustrom von Menschen aus dem globalen Süden begrenzt bleibt, dass die Aufnahmeländer sich zumindest aussuchen können, wem sie Zutritt gewähren und wem nicht, und dabei die aus ihrer Sicht Bestgeeigneten auswählen. Auf diese Weise wollen die Länder des Nordens verhindern, dass

ein Sogeffekt entsteht, der das für sie verkraftbare Hereintröpfeln von Migranten in einen breiten Zustrom verwandelt. Mehr noch: sie wollen das Hereintröpfeln durch ein Herauspickeln ersetzen. Diese Politik folgt einer Logik der Individualisierung, die durchaus zu den Grundsätzen einer offenen Gesellschaft gehört; sie weist in normativer Hinsicht jedoch den Makel auf, dass sie Freiheit und Sicherheit in Gestalt eines individuellen Arrangements den Bewohnern des reichen Nordens vorbehält und die Menschen des globalen Südens von einer solchen Möglichkeit ausschließt. Für die Menschen des Nordens ist das, wenn überhaupt, ein moralisches Problem, das ihnen gelegentlich ein schlechtes Gewissen verursacht; für die Menschen des Südens ist es dagegen ein existenzielles Problem, bei dem es nicht selten um Leben und Tod geht.

Solche Systeme von Inklusion und Exklusion sind nicht neu, sondern folgen dem seit jeher genutzten Modell von «Drinnen» und «Draußen». Die Ordnung von Zugehörigkeit und Ausschluss ist indes zum Problem geworden, seit die Universalität von Normen zum Selbstverständnis der offenen Gesellschaften gehört, also, um einen Zeitraum zu nennen, seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, seit Verkündung der UN-Charta im Jahre 1945 und der Inkraftsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, und überhaupt seit der allmählichen Auflösung der Vorstellung, wonach die Verschiedenheit der «Rassen» oder Ethnien eine legitime Begründung für ein prinzipiell unterschiedliches Leben sei. Seitdem ist begründungsbedürftig, weshalb Freiheit und Wohlstand de facto Privilegien des weißen Mannes (und der weißen Frau) sein und die Menschen des globalen Südens in ihrer überwiegenden Mehrheit davon ausgeschlossen werden sollen. Über ein halbes Jahrhundert hat das entwicklungspolitische Versprechen des Nordens dazu gedient, dieses Problem zu entschärfen; es stellte Armut und Unterdrückung in der südlichen Hemisphäre als ein zeitlich begrenztes Problem dar, das durch die materielle Hilfe des Nordens Jahr für Jahr kleiner werde, um schließlich gänzlich zu verschwinden. Die Zeit sollte, so das sozioökonomische Entwicklungsparadigma, die Unterschiedlichkeit der Räume allmählich in eine Welt der gleichen Chancen überführen.

Wie begründet auch immer die damit verbundenen Hoffnungen und Erwartungen gewesen sein mögen – sie haben zunächst einmal das

Normproblem relativiert, indem sie es als einen befristeten Entwicklungsabstand dargestellt haben. Gleichzeitig hat dieses Versprechen in der südlichen Hemisphäre die Vorstellung gestützt, es werde möglich sein, durch eine forcierte Entwicklung, bei der man sich bis 1989/90 entweder am kapitalistischen Westen oder am sozialistischen Osten orientierte, den Rückstand Schritt für Schritt zu verkleinern. Die Option, als Einzelner oder in kleinen Gruppen in den Norden zu wandern, wurde überwölbt von der Erwartung, der Süden könne es als Ganzes schaffen, auf das Niveau des Nordens zu kommen oder sich dem zumindest anzunähern. Diese Vorstellung hat, seitdem die ökologischen Grenzen des Wachstums Thema wurden, an Überzeugungskraft verloren. In den zur Jahrtausendwende formulierten Millenniumszielen der Vereinten Nationen ist sie noch einmal öffentlichkeitswirksam bekräftigt worden, hat aber seither immer mehr an Bindekraft eingebüßt; die wachsende Zahl derer, die sich in den letzten Jahren aus Afrika auf den Weg gemacht haben, um irgendwie nach Europa zu kommen, ist ein Indikator dafür, dass viele nicht mehr an das Entwicklungsversprechen glauben.

Die angestrebte Reduzierung der zuletzt immer stärker angewachsenen Flüchtlingsströme nach Europa setzt somit voraus, dass die Entwicklungsperspektiven der nordafrikanischen Länder – von Marokko über Algerien bis Tunesien – sowie der subsaharischen Länder – von den Krisenstaaten Westafrikas über Mali, Nigeria, Kamerun und Burkina Faso bis Somalia und Eritrea – deutlich verbessert werden, und zwar so weit, dass sich für die potenziellen Migranten beim Abwägen zwischen Gehen oder Bleiben die Gewichte wieder zugunsten des Bleibens verschieben. Auf diese Herausforderung müssen die Europäer eine überzeugende Antwort finden, wenn die Ströme der Armutsmigranten in den nächsten Jahren nicht auf dem aktuellen Niveau bleiben oder noch weiter anschwellen sollen. Doch selbst wenn das gelingt, wäre dies eher mittel- als kurzfristig wirksam.

Zur schwindenden Bindekraft des Entwicklungsversprechens kamen seit den 1990er Jahren noch die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien hinzu, die das gute Leben im Norden – häufig in erheblich überzeichneter Form – sichtbar gemacht und das Problem der unterschiedlichen Lebensstandards in der nördlichen und der südli-

chen Hemisphäre erheblich zugespitzt haben. Das lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Und ebenso wenig lässt sich rückgängig machen, dass die Flüchtlingsbewegungen durch den Gebrauch von Handys effektiv koordiniert und schnell dirigiert werden können.

Von den Migranten, die aufbrechen, um ein besseres Leben zu suchen, und im weiteren Sinn eine freie Entscheidung getroffen haben, sind die zu unterscheiden, die ihren Herkunftsort verlassen, weil Hungerkatastrophen ihnen kaum eine andere Wahl lassen oder Bürgerkriege und Gewaltstrukturen sie zur Flucht nötigen.⁶ Auch sie haben eine Entscheidung getroffen, die in Anbetracht der Umstände aber nicht als frei bezeichnet werden kann, insofern es ihnen nicht um ein besseres Leben, sondern ums bloße Überleben geht. In der Regel versuchen die Flüchtenden zunächst nur, dem unmittelbaren Kriegsgebiet, der Kampfzone, zu entkommen, und dabei suchen sie Zuflucht in den Teilen ihres Landes, wo (noch) nicht gekämpft wird. Erst wenn das nicht mehr möglich ist, weil das gesamte Land zum Kriegsgebiet geworden oder die Versorgung der Flüchtlinge zusammengebrochen ist, verlassen sie ihr Land. Doch auch dann bleiben die meisten von ihnen in dessen unmittelbarer Umgebung und suchen Zuflucht in den von den Vereinten Nationen oder humanitären Hilfsorganisationen «heimatnah» betriebenen Flüchtlingslagern. Das «größte Flüchtlingslager der Welt», das zu einer Großstadt mit bald einer halben Million Bewohner angewachsene Lager Dadaab an der kenianischen Grenze zu Somalia, ist dafür ein Beispiel.⁷ Dasselbe zeigt sich auch im syrischen Bürgerkrieg, wo die überwiegende Mehrheit der Menschen, die auf der Flucht sind, sich entweder noch im eigenen Land aufhält oder in einem der großen Flüchtlingslager in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei untergekommen ist. Die Fliehenden tun das in der Erwartung, dass der Bürgerkrieg in absehbarer Zeit endet und sie dann wieder in ihre angestammten Wohnorte zurückkehren können. Erst wenn die Lage in den Flüchtlingslagern infolge einer sich verschlechternden Versorgung durch das Hilfswerk der Vereinten Nationen unerträglich wird oder die Aussicht auf Rückkehr von Monat zu Monat und schließlich Jahr zu Jahr immer weiter schwindet, entschließen sich die Menschen, den Weg nach West-

und Nordeuropa zu wagen, um dort – womöglich – eine neue Heimat zu finden.

Die Stärke des Flüchtlingsstroms wächst in diesem Fall also mit der Perspektivlosigkeit in den Lagern und der Dauer des Bürgerkriegs. Wollen die Zielländer die auf diese Weise entstehenden Flüchtlingsströme begrenzen oder verkleinern, so müssen sie das Versorgungsniveau in den heimatnahen Flüchtlingslagern verbessern und sich um eine Beendigung des Bürgerkriegs bemühen. Im Unterschied zur Armutsmigration können politische Maßnahmen und wirtschaftliche Hilfsleistungen hier durchaus kurzfristige Wirkung zeitigen, und sie tun das umso mehr, je früher sie erfolgen und je konsequenter sie beibehalten werden. Hat hingegen eine kontinuierliche Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Lagern erst einmal eingesetzt und sind die Flüchtlinge hinsichtlich der baldigen Rückkehr in ihre Heimat desillusioniert, ist es nur noch schwer möglich, diesen Prozess zu stoppen. Versäumnisse lassen sich dann nicht mehr nachholen und Fehler kaum noch ausbügeln.

Bei einer ersten, noch ganz vorläufigen Inaugenscheinnahme des Problems zeigt sich, dass die Länder des reichen Nordens erhebliche finanzielle Mittel aufwenden und große politische Anstrengungen unternehmen müssen, wenn sie die Flüchtlingsströme von Süden nach Norden begrenzen und wieder unter Kontrolle bringen wollen. Dafür werden verschärfte Grenzsicherungsanlagen nicht genügen, nicht in humanitärer, aber auch nicht in politisch-operativer Hinsicht: Grenzsicherung, in welcher Form auch immer, ist nämlich defensiv, und bloße Defensive wird nicht ausreichen, um die Herausforderung zu bewältigen. Das schließt deren Erfordernis nicht von vornherein aus. «Wenn Menschen mit einer liberalen Haltung», schreibt der niederländische Soziologe Paul Scheffer, «nicht über Grenzen nachdenken wollen, dann ziehen am Ende Menschen mit autoritären Einstellungen die Grenzen.»⁸ Das ist sicherlich richtig. Aber letzten Endes wird alles davon abhängen, dass die Länder der südlichen Hemisphäre sozial und wirtschaftlich stabilisiert werden. Das wiederum wird auf einen kontinuierlichen Transfer von Finanzmitteln hinauslaufen. Das Problem dabei ist freilich, dass viele Transfers der Vergangenheit keineswegs die allgemeinen Lebensbedingungen in den Ländern des Südens verbessert haben, son-

dern in den Taschen der dortigen Eliten oder einzelner Bürgerkriegsparteien gelandet sind. Die Finanztransfers müssen also mit einer nachhaltigen Veränderung der politischen Konstellationen in den Empfängerländern verbunden sein, wenn sie die angestrebte Wirkung entfalten sollen. Das ist leicht gesagt, aber dafür, wie es erreicht werden kann, fehlt nach dem Scheitern des amerikanischen Transformationsprojekts im Irak und auch nach dem Fehlschlag des «arabischen Frühlings»⁹ eigentlich jedes Konzept.

Wohlstandszentren, Arbeitskräftewanderung und Bevölkerungsentwicklung

Der Norden kann ohne eine kontinuierliche Zuwanderung von Arbeitskräften nicht auskommen. Die Untersuchungen der jüngeren Migrationsforschung zeigen, dass seit jeher Wanderungen stattgefunden haben: Größere und kleinere Menschenmengen zogen dahin, wo sie Arbeit und Unterhalt zu finden hofften. Das gilt für die Söldner des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, die sich regelmäßig dort versammelten, wo ein Krieg auszubrechen drohte oder ein Herrscher Truppen aufstellte;¹⁰ das gilt ebenso für die Bauern, die die Donau entlang nach Siebenbürgen zogen, die dem Ruf einer russischen Zarin an die Wolga folgten oder, nachdem sie von «Pioniermigranten»¹¹ von den fruchtbaren Gebieten westlich des Mississippi erfahren hatten, über den Ozean in die Neue Welt auswanderten. Und es gilt für die Arbeiter, die innerhalb des preußischen Staates aus Schlesien ins Ruhrgebiet abwanderten, wo im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine Montanindustrie entstand, die immer mehr Arbeitskräfte brauchte.¹² «Migration ist eine zivilisatorische Unentbehrlichkeit» – so der französische Annales-Historiker Fernand Braudel.

Migration geht fast immer dorthin, wo die drei Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit zusammengebracht werden. Boden ist immobil, und die meisten Rohstoffe, die aus ihm gefördert werden, Erze und Kohle im Fall der Montanindustrie, konnten im 19. Jahrhundert aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nur über begrenzte Entfernungen transportiert werden. Kapital hingegen ist hochgradig mobil; seit der Entstehung des Bankensystems im spätmittelalterlichen Europa lässt es sich zu relativ niedrigen Kosten von einem Ort zum andern transferieren. Der Produktionsfaktor Arbeit rangiert, was Mobilität anlangt, zwischen Boden und Kapital. Da ihr Transfer erheblich kostengünstiger ist als der von Bodenschätzen, kommt die Arbeit eher zu den Bodenschätzen als umgekehrt. Im Fall der bäuerlichen Bewirtschaftung des Bodens ist das ohnehin der Fall. Die Regel, dass Migration dorthin geht, wo Arbeitskraft gebraucht wird, ist erst mit der digitalen Revolution bis zu ei-

nem gewissen Grad außer Kraft gesetzt worden – das Internet hat das Erfordernis der Migration von Arbeitskräften in die Prosperitätszonen der Weltwirtschaft spürbar relativiert. Ohne das Internet würde noch viel mehr Arbeitsmigration stattfinden, und der Norden wäre noch stärker auf Zuwanderung angewiesen, um seinen Wohlstand zu wahren.

Die räumlich nicht kongruenten Dynamiken von Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftenachfrage in den Zentren wirtschaftlichen Wohlstands haben seit jeher zu Migrationsbewegungen geführt; wenn man diese im Zeitraffer erfasst und in Form von Pfeilen und Linien in Karten einträgt, entsteht ein Bild von Strömen, die sich immer wieder verändern, neue Schwerpunkte bilden und alte Wirtschaftsräume entvölkern. Was wir dabei sehen, ist eine Wirtschaftsentwicklung, die häufig auf die politische und soziale Ordnung zerstörerisch einwirkt, indem sie überkommene Sozialordnungen austrocknet und ältere Machtstrukturen untergräbt. Gleichzeitig aber lässt sie neue Prosperitätsräume und Machtzentren entstehen. Diese Prozesse lassen sich mit dem von dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter geprägten Begriff der «kreativen Zerstörung» kennzeichnen.¹³ Die Entstehung des Neuen ist aufs engste mit dem Ruin der alten Ordnung verbunden, und fast jeder Zugewinn in dem einen Raum ist mit Verlusten in einem anderen verbunden. Die Träger der alten Ordnung wiederum wollen die von ihnen als bloß destruktiv wahrgenommene Entwicklung nicht hinnehmen und erwehren sich der durch Migration erfolgenden Macht- und Prosperitätsverlagerung, indem sie Wanderungsprozesse zu unterbinden suchen. Es sind nicht nur die Einwanderungsländer, wie man zurzeit meinen könnte, sondern auch die «abgebenden» Länder, die sich um eine Begrenzung, zumindest eine Kontrolle der Migration bemühen. Gegen die Veränderungsdynamik des Fluiden setzen sie die Ordnungsstrukturen des Stationären, und diese beginnen bei der Fesselung menschlicher Arbeitskraft an den Boden, etwa in Form der Leibeigenschaft als der nach der Sklavenwirtschaft radikalsten Blockierung der Exit-Option,¹⁴ und reichen bis zu den Regimen politischer Grenzziehung, die bloß imaginierte Grenzen, aber auch Grenzen mit Mauern und Stacheldraht oder sogar den Schießbefehl umfassen. Je stärker durch diese Grenzregime Linien in physische Sperren verwandelt wer-

den, desto intensiver ist damit die Erfahrung von «Dinnen» und «Draußen» verbunden, die in der Wahrnehmung der meisten Menschen immer noch die Schlüsselerfahrung der politischen Ordnung darstellt. Politische Ordnung beginnt mit der Unterteilung des Raums in Räume, und das erfolgt durch Grenzziehung. Ein Raum ohne Grenzen ist ein Raum ohne politische Ordnung.¹⁵

Was wir in der Geschichte beobachten, ist der Widerstreit zwischen einer vor allem ökonomischen Imperativen folgenden Dynamik mit immer neuen Formen der Schwerpunktbildung und einem gesellschaftspolitischen Ordnungsmodell, das auf Stabilität und Dauer abzielt. Der Gegensatz dieser beiden Ordnungsvorstellungen ist in der politischen Ideengeschichte vielfach ausformuliert worden, etwa in der Gegenüberstellung von Individuum und Gemeinschaft: Eine Gemeinschaft, die von einer starken Abwanderung betroffen ist, weil sich zahlreiche Mitglieder auf den Weg machen, um andernorts nach wirtschaftlich besseren oder politisch freieren Lebensbedingungen zu suchen, errichtet Barrieren, um die Abwanderung physisch zu blockieren, oder sie entwickelt Ideologien, in denen die Bindungen an Boden, Familie und Vaterland herausgestellt und auf diese Weise Verpflichtungen konstruiert werden, denen man sich nicht entziehen kann, ohne als Verräter diffamiert zu werden. Die Abwanderungswilligen stellen dem die verschiedenen Narrative der Freiheit und das Recht auf individuelle Glückssuche entgegen. Der Konflikt zwischen einer Ordnung der dynamischen Veränderung und einem stationären Regime der Grenzen ist also auch ein Gegeneinander normativer Vorstellungen.

In der politischen Realität bleibt es aber nicht beim unvermittelten Gegeneinander der zwei Idealtypen von Ordnung, sondern es kommt zu Arrangements, in denen beide Ordnungsvorstellungen miteinander verbunden sind. Solche Arrangements entstehen, weil Gesellschaften an Überbevölkerung leiden und ihre Ressourcen nicht mehr ausreichen, um die auf ihrem Territorium lebenden Menschen zu ernähren. Auswanderung dient dann dazu, Hungerkatastrophen, den Anstieg des Gewaltniveaus innerhalb einer Gesellschaft oder den Ausbruch eines Bürgerkriegs zu vermeiden. Die Auswanderung aus Irland im 19. Jahrhundert, in deren Folge die Bevölkerung der Insel von 8,2 Millionen Ein-

wohnern im Jahre 1841 auf 6,5 Millionen im Jahre 1851 sank, die Auswanderung aus Deutschland, insbesondere aus den Mittelgebirgen von Eifel und Hunsrück bis zum Erzgebirge, schließlich die kontinuierliche Auswanderung aus Nord- und Süditalien sind Beispiele für Migrationsströme, die auf die Überbevölkerung von Räumen und dadurch verursachte Krisen zurückgehen.¹⁶ Die Forschung hat sich insgesamt mehr für die Zielländer der Migration als für deren Herkunftsländer interessiert, weshalb es keine systematischen Studien darüber gibt, welche sozialen und wirtschaftlichen Folgen die Ab- und Auswanderung dort hatte. Dass es nicht nur positive waren, etwa der Abbau des Bevölkerungsüberschusses, sondern auch Sozialbeziehungen und Vertrauensstrukturen zerfielen, blieb lange Zeit unbeachtet.¹⁷ Nicht alle Einwände, die gegen ein an den Erfordernissen der Wirtschaft orientiertes liberales Migrationsregime geltend gemacht werden, sind grundsätzlich reaktionär oder nationalkonservativ. Es kann darin auch um die Überlebensfähigkeit der Auswanderungsländer gehen.

Schärfer wird die Debatte über die Vor- und Nachteile von Migration freilich in den Zielländern geführt; hier prallen die gegensätzlichen Positionen mit größerer Unversöhnlichkeit aufeinander. Auf der einen Seite stehen heute jene, die das Erfordernis einer Zuwanderung von Arbeitskräften herausstellen, wenn man auf längere Sicht das erreichte Wohlstandsniveau halten und in der internationalen Konkurrenz um globale Märkte bestehen möchte. Diese Position ist nicht mit einer humanitären Argumentation zu verwechseln, die sich um die Not der Flüchtlinge aus Elends- und Bürgerkriegsgebieten dreht, aber sie kann mit ihr ohne weiteres ein Bündnis im Kampf um die politische Mehrheit in einer Gesellschaft eingehen. Entscheidend sind dabei die Präferenzen in der gesellschaftlichen Mitte. Dem steht eine Sichtweise gegenüber, der zufolge Zuwanderung, wenn sie ein gewisses Niveau überschreitet, den Zusammenhalt der Gesellschaft und deren zentrale Werte bedroht. In der gemäßigten Variante dieser Sicht wird auf die soziopolitische Kultur des Landes verwiesen; in der extremen geht es um die ethnische Identität des Volkes, die durch die nicht dazu passenden Zuwanderer gefährdet sei. Eine mittlere beziehungsweise vermittelnde Position stellt die Erfordernisse der Wirtschaft in Rechnung, macht aber

geltend, dass Migranten eine erkennbare Bereitschaft zur Akkulturation an die Lebensweise und Werteordnung der Aufnahmegesellschaft mitbringen müssten: Es wird keine völlige Assimilation der Neuankömmlinge erwartet, aber in ihren soziokulturellen Gepflogenheiten sollen sie sich an das Aufnahmeland, in dem sie womöglich dauerhaft bleiben werden, schon anpassen. So jedenfalls stellt sich die vielschichtige Diskussionslage in Deutschland dar.

Im Fall der Arbeitsmigration geht es freilich nicht nur um Diskurse, sondern auch um tatsächlich realisierte Gesellschaftsmodelle. Zwei gegensätzliche Typen lassen sich dabei unterscheiden: Auf der einen Seite stehen die tief in ihren Traditionen verwurzelten Gesellschaften, die, weil sie sich wesentlich oder ausschließlich über die eigene Geburtenrate reproduzieren, eine Politik der maximalen Aufwertung ihrer knappen Humanressourcen betreiben. Das wichtigste Beispiel für diesen Typ, den der italienische Demograph und Migrationsforscher Massimo Livi Bacci als «geschlossene Gesellschaft» bezeichnet, ist Japan.¹⁸ Dem stellt er die «offene Gesellschaft» gegenüber, die das Angebot von Einwanderungskandidaten gezielt ausnutzt, Zuwanderung systematisch steuert und in die Fähigkeiten der Zugewanderten investiert. Australien und Kanada (bis vor kurzem auch die Schweiz) repräsentieren diesen Typ, der nicht nur auf biologische, sondern auch auf soziale Reproduktion des Arbeitskräfteangebots setzt. Bacci weist darauf hin, dass sich im öffentlichen Diskurs der meisten europäischen Länder unter dem Druck der jüngsten Wirtschaftskrise die Vorgaben einer geschlossenen Gesellschaft durchgesetzt haben, was aber nicht heißt, dass die europäischen Länder auch tatsächlich geschlossene Gesellschaften sind; die demographische Lage zwingt sie nämlich dazu, eine begrenzte Zuwanderung zuzulassen. Aber weil sie sich dazu nicht offen bekennen, können sie diese Zuwanderung nicht nach ihren Erfordernissen steuern.

Die europäischen Staaten schwanken zwischen beiden Formen des Umgangs mit Migration und sind nicht in der Lage, eine definitive Entscheidung für den einen oder anderen Typ zu treffen. Bacci bemerkt dazu: «Die Gesellschaft soll «geschlossen» sein, «aber nicht zu sehr», und die Gesellschaft soll «offen» sein, «aber nicht zu sehr». Oder anders gesagt, die Europäer möchten eine geschlossene Gesellschaft, aber sie sind gezwun-

gen, sie zu öffnen, und laufen damit Gefahr, die schlimmste und schizo- phrenste aller Entscheidungen zu treffen, das heißt, eine *de facto* offene Gesellschaft mit einer Politik zu verwalten, die für eine geschlossene Gesellschaft entworfen wurde.»¹⁹ Eine Folge dieser schwankenden Po- litik ist ein zahlenmäßig deutliches Anwachsen der illegal in der EU be- findlichen Migranten, die auf sieben bis zehn Millionen geschätzt wer- den. Eine andere Folge ist: Während sich die USA, Kanada und Aus- tralien durch eine entsprechende Einwanderungspolitik die Zuwande- rer aussuchen, die sie brauchen und die zu ihnen passen, tun die Euro- päer das genaue Gegenteil; in der Konkurrenz zwischen Nordamerika und Europa wird das über kurz oder lang Auswirkungen haben. Kana- da hat sich darum bemüht, Syrer aus der gebildeten Mittelschicht ins Land zu holen; Deutschland hingegen hat die aufgenommen, die es bis hierher geschafft haben. Das war zunächst eine Folge unterschiedlicher Konstellationen: einer langfristig angelegten Einwanderungspolitik Kana- das und einer humanitär motivierten Reaktion auf die katastrophale Versorgungslage der Flüchtlinge auf der Balkanroute. Vergleicht man beides aber unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich notwendigen Zuwanderung, ist das kanadische Modell das überlegene.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei freilich in einer ganz be- sonderen Situation, denn im Unterschied zu fast allen anderen Ländern der EU leidet sie nicht an einer Unterbeschäftigungskrise, sondern be- findet sich in einer ökonomischen Wachstumsphase, und dementspre- chend ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf einem relativ niedrigen Stand. Gleichzeitig hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten in der EU und ist darum auf die Zuwanderung von Arbeitskräften an- gewiesen, wenn es seine ökonomische Position in Europa und der Welt nicht verlieren und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung halten will. Der Zukunftsforscher Christian Böllhoff sieht Deutschland «in der Al- tersfalle» und prognostiziert, «das letzte Jahrzehnt der Prosperität» ha- be begonnen: Im Jahr 2040 werde es eine Fachkräftelücke von knapp vier Millionen Menschen geben; während zurzeit auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 35 Rentenbezieher kämen, würden es 2040 schon 56 sein, weil die Zahl der Erwerbsfähigen bis dahin um 15 Prozent zu- rückgehen werde.²⁰

Das sind indes Berechnungen, die ausschließlich auf der biologischen Reproduktionsrate beruhen und in die deren soziales Pendant, also die Zu- und Einwanderung, nicht einbezogen ist. Außerdem gibt es die Möglichkeit, die Zeit der Erwerbsfähigkeit auszudehnen. Aber selbst eine deutliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit dürfte nicht ausreichen, um die Folgen der gestiegenen Lebenserwartung der Menschen in der Rentenkasse auszugleichen. Letzten Endes wird also alles von der sozialen Reproduktion, der Zuwanderung von Arbeitskräften, abhängen. Das dürfte mit einer der Gründe gewesen sein, warum die Bundesregierung im Sommer / Herbst 2015 einen von den anderen EU-Ländern abweichenden Kurs gesteuert und mehr als eine Million Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ins Land gelassen hat. Nicht alle von ihnen werden bleiben, einige, weil sie es nicht wollen, andere, weil sie es aus rechtlichen Gründen nicht dürfen; aber in die Befähigung derjenigen, die bleiben, wird die Bundesrepublik erheblich investieren, damit sie einen relevanten Beitrag zur Schließung der beschriebenen Lücke leisten können.

Die Bundesrepublik Deutschland hat, wiewohl das aufgrund der demographischen Prognosen angezeigt gewesen wäre, in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten keine systematische Einwanderungspolitik betrieben. Die Vernachlässigung dieses Politikfeldes hatte vorwiegend ideologische Gründe, die in der Formel «Deutschland ist kein Einwanderungsland» ihren Niederschlag gefunden haben. Eine Formel, die nicht nur politisch kurzsichtig, sondern auch empirisch falsch war. Tatsächlich ist die Bundesrepublik Deutschland schon seit langem ein Zu- und Einwanderungsland, beginnend bei den Vertriebenen und Aussiedlern der unmittelbaren Nachkriegszeit über die bis 1961 in die Bundesrepublik kommenden DDR-Flüchtlinge bis zu den Russlanddeutschen, die nach 1990 nach Deutschland kamen, von den «Gastarbeitern» aus Italien, Jugoslawien und der Türkei, die zu Einwanderern wurden, ganz zu schweigen.²¹ Man hat sich dieser Realität nicht gestellt, sondern an der politischen Lebenslüge, kein Einwanderungsland zu sein, festgehalten und deswegen keine strategisch ausgerichtete Einwanderungspolitik betrieben. Hätte man das getan, so hätte man aus den an der Einwanderung nach Deutschland Interessierten nach dem Vorbild

des kanadischen oder australischen Punktesystems die dafür am besten Geeigneten auswählen können. Mit Blick auf die unausgewählt ins Land gekommenen Syrer, Iraker und Afghanen wurde schon bald die Klage laut, das seien nicht «die Richtigen», da sie nicht die Ausbildungsvoraussetzungen mitbrächten, die in Deutschland gebraucht würden. Das aber heißt zunächst nur, dass man mehr in die Neuankömmlinge investieren muss, um sie zu denen zu machen, die man braucht. Die Versäumnisse der beiden zurückliegenden Jahrzehnte können ausgeglichen werden, auch wenn das mehr Kraft, Geduld und Geld kostet, als bei einer vorausschauenden Einwanderungspolitik erforderlich gewesen wäre. Die Gesetze der Demographie und die Erfordernisse der Ökonomie lassen sich nicht durch ideologisch angeleitetes Nichtstun außer Kraft setzen, und wenn man es dennoch versucht, muss man es später teuer bezahlen. Immerhin: es gibt die Chance, die Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit zu revidieren. Und die Deutschen sind gut beraten, diese Chance zu nutzen. Das ist gemeint, wenn nachfolgend davon die Rede ist, man müsse die Neuankömmlinge zu Deutschen machen. Was dabei unter «Deutschen» zu verstehen ist, soll in einem späteren Kapitel geklärt werden.²²

Zunächst aber noch ein Blick zurück auf die zuletzt angestellten Überlegungen: Sie sind ganz bewusst nicht humanitär angelegt, sondern zielen wesentlich auf den Nutzen, den die Neuankömmlinge für die deutsche Gesellschaft haben können. Das heißt, sie folgen der Vorgabe, aus der einseitigen Hilfe eine Win-win-Konstellation zu machen, eine Lage, in der beide Seiten voneinander profitieren. Win-win-Konstellationen haben im Vergleich mit einseitiger Hilfe eine deutlich höhere Chance auf nachhaltige Akzeptanz aufseiten der zeitweilig helfenden Gesellschaft.

Grenzregime und Strömelenkung in der Geschichte

Betrachtet man Migrationswellen im Kontext einer wirtschaftlichen Ordnung, der es um die bestmögliche Zuteilung von Arbeitskraft geht, sowie im Hinblick auf eine politische Ordnung, bei der die Eliten die Kontrolle über die breite Masse behalten wollen beziehungsweise diese große Masse gegen Konkurrenz geschützt werden will, so lässt sich zweierlei erkennen: ein Regime der Grenzen als Ordnung des Stationären und ein sich weitgehend selbststeuerndes System von Strömen – Strömen von Gütern und Dienstleistungen, Kapital und Informationen, aber eben auch Arbeitskraft. Beides, Grenzen wie Ströme, sind Begriffe, die sich nicht präzise definieren lassen, sondern von einem weiten Assoziationsfeld umgeben sind.

Grenzen stehen für eine im Wesentlichen stationäre Ordnung, die durch Trennung und Unterscheidung gekennzeichnet ist. Begrenzen lässt sich als kluge Selbstbescheidung begreifen, rigorose Ausgrenzung jedoch nicht; sobald «begrenzt» nicht als ein Gewinn an Klarheit und Eindeutigkeit verstanden, sondern im Sinne von «beschränkt» verwendet wird, gerät es in die Nähe des Bornierten.²³ Der Begriff der Grenze unterliegt also unterschiedlichen Bewertungen. Bei dem Begriff «Strom» beziehungsweise «Fluss» ist das Problem etwas anders gelagert, insofern zunächst offenbleibt, was da strömt und wer oder was in einem Strom mitgeführt wird. Im fraglichen Zusammenhang kann es sich um Ströme von Menschen handeln, aber ebenso auch um Ströme von Gütern, Rohstoffen, Fertigprodukten, Dienstleistungen, Kapital oder Informationen. Die Metapher des Stromes kann für den Zufluss, aber auch den Abfluss von etwas Besonderem, womöglich Lebensnotwendigem stehen, sie kann aber auch das Unkontrollierbare, den Kontrollverlust oder den Dammbruch meinen. Beide Begriffe sind zweideutig; sie transportieren neben den Vorteilen und positiven Effekten auch die Nachteile und «Kosten» der mit ihnen verbundenen Ordnung, und damit sind sie vielsagender als die meisten sonst in der politischen Sprache zirkulierenden Begriffe. Genau deswegen sind es auch diese Begriffe, die

im Zentrum des Kampfes um die Deutungshoheit über die europäische Flüchtlingskrise stehen.

Die Ordnung des Fluiden und des Stationären haben bevorzugte Räume, in denen sie ihre Wirkung entfalten: Das Regime der Grenzen ist vorzugsweise eines des Landes, des festen Bodens, wo Grenzen markiert und Grenzzäune errichtet werden können. Das Staatensystem, wie es seit dem 16. Jahrhundert in Europa entstanden ist, ist eine durch Grenzziehung geschaffene Ordnung; die Grenzen, deren Respektierung und die diesbezüglich zwischen den Staaten geschlossenen Verträge sind Generatoren dieser Ordnung der Staaten. Der Aufbau des europäischen Staatensystems und das Verbindlichmachen von Grenzziehungen sind parallel erfolgte politische Entwicklungen.²⁴ Zur Ordnung der Grenzen gehören aber immer auch Entscheidungen darüber, wie die Grenzen aussehen sollen: ob sie durchlässig sind, ob es Übergänge gibt, wo diese sind und wie diejenigen kontrolliert werden, die die Grenze passieren, ob ein reger Durchgangsverkehr herrscht oder ob die Grenze nur von wenigen ausgewählten Personen passiert werden darf.

Seeimperien haben stets wenig Wert auf solche Grenzen gelegt; für sie entsteht Ordnung nicht aus einer mehr oder weniger imaginären Linie, die in die Weite der Ozeane hineingedacht wird, sondern aus der Kontrolle des Schiffsverkehrs, wobei diese Kontrolle Sicherheit vor Piraten und Freibeutern bedeutet, ebenso aber mit der Unterscheidung von legalen und illegalen Gütern zu tun haben kann: So hat das britische Empire zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Sklavenhandel verboten und dieses Verbot mit Hilfe seiner Seemacht im Atlantischen Ozean durchgesetzt.²⁵ Die Kontrolle solcher Ströme erfolgt in der Regel punktuell, sie konzentriert sich auf Häfen und Stapelplätze und ist am Prinzip der Durchlässigkeit orientiert, von dem nur als illegal zertifizierte Waren ausgenommen sind; außer dem Handel mit Menschen betrifft das heute vor allem Drogen. Dagegen folgt die Grenze dem Grundsatz der Barriere, die eine Bewegung unterbricht; erst nach sorgfältiger Überprüfung dürfen Personen weiterreisen und Waren weitertransportiert werden. Wäre es anders, bedürfte es der Grenze nicht. Bei der Lenkung von Strömen ist Blockierung die Ausnahme; im Regime der Grenzen ist sie die Regel – wenn auch nicht prinzipiell, sondern zumeist nur zwecks Kon-

trolle. Der Soziologe Zygmunt Bauman hat darauf hingewiesen, dass sich die Dynamik der Gegenwart sehr viel besser in den Metaphern des Liquiden als denen des Stationären beschreiben lässt, die Sprachbilder des Strömens und Fließens also angemessener sind als die der Grenze und des begrenzten Raumes.²⁶

In der Geschichte menschlicher Ordnungsbildung ist das Paradigma der Ströme gegenüber dem der Grenzen das zeitlich frühere. Die ersten Hochkulturen entstanden entlang großer Flüsse, die zur Bewässerung des Landes und zum Transport von Material und Gütern genutzt wurden. Beides, regelmäßige Bewässerung und die Möglichkeit eines im Vergleich zur Bewegung über Land kostengünstigen Materialtransports, führte dazu, dass sich hier Räume des Wohlstands entwickelten. Der Geograph Ernst Kapp hat die Flusskulturen – neben dem Nil und Mesopotamien sind der Indus und der Ganges sowie der Jangtse und der Gelbe Fluss zu nennen – als «potamische Reichsbildung» bezeichnet.²⁷ Diese frühen Formen der Reichsbildung hatten an ihren Außenseiten keine Grenzlinien, sondern Grensräume, in denen sich ihre Ordnung, so die Wahrnehmung der Reichsbewohner, in die den Wohlstandsraum umgebende Unordnung hinein verlor. Aus diesen Räumen drohte Gefahr in Gestalt räuberischer Angreifer, die es immer wieder abzuwehren galt. Man konnte sie bekämpfen oder mit ihnen Bündnisse schließen, aber eine beiderseits akzeptierte territoriale Grenzziehung war mit den Steppen- oder Wüstennomaden nicht möglich. Der Strom im Zentrum der Reichsbildung steht für das geordnete Fluide, und die Ordnung des Fluiden ermöglichte die Entstehung einer ortsfesten Zivilisation mit städtischem Zentrum und hierarchischen Herrschaftsstrukturen. Sie war jedoch von einem ungeordneten und unregulierbaren Fluiden in Gestalt der nomadischen Lebensweise umgeben.²⁸ Die stationäre Ordnung mit dem geordneten Fluiden in der Mitte ist ein Raum der Arbeit, aus dem heraus das ungeordnete Fluide der Umgebung als ein Raum des Räuberischen angesehen wird. Die potamische Reichsbildung besteht also aus einem spezifischen Arrangement von Strömen und Grenzen.

Im Prinzip sind die potamischen Reichsbildungen politisch und wirtschaftlich autark, pflegen aber außer dem notorischen Krieg gegen

die Nomaden auch wirtschaftlichen Austausch mit ihrer Umgebung und steigern so den Wohlstand im Reichsinnern. Eine zentrale Voraussetzung der Wohlstandssteigerung ist die Verfügung über zusätzliche Arbeitskräfte, die vor allem beim Bau der kulturellen Wahrzeichen dieser Reiche eingesetzt wurden. Die biblischen Erzählungen vom Frondienst der Juden in Ägypten oder auch von der Zeit ihrer babylonischen Gefangenschaft an den Ufern von Euphrat und Tigris sind Erinnerungen daran, dass die Fluss- und Stromkulturen Arbeitskräfte brauchten und aufgrund ihrer Regulationssysteme zur Bewässerung des Landes sowie der Entwicklung einer bürokratisch organisierten Vorratswirtschaft gegen Dürre- und Hungerkatastrophen sehr viel resistenter waren als andere Wirtschaftsformen. Dementsprechend waren sie Anziehungspunkte für Migrationsbewegungen, von denen etwa die Josefserzählung des Alten Testaments berichtet: Isaak und seine Söhne verlassen Palästina, wo infolge einer Dürre Hunger und Teuerung herrschen, und ziehen nach Ägypten, wo man die Überschüsse der zurückliegenden «fetten Jahre» für Notzeiten gespeichert hat. Für die hier zur Debatte stehende Frage heißt das: Schon die frühen Hochkulturen haben sich nicht allein biologisch reproduziert, sondern immer auch sozial, also durch Zuwanderung. Diese Zuwanderung konnte freiwillig erfolgen, um einer Dürrekatastrophe in Gegenden ohne Bewässerungssysteme zu entgehen, sie konnte aber auch durch die Deportation von Menschen im Gefolge von Kriegszügen erzwungen werden. Das lässt sich in die im Weiteren zu prüfende Arbeitshypothese umformulieren, wonach Reichsbildungen mit erhöhter Prosperität nahezu immer durch eine Zuwanderung von Menschen gekennzeichnet sind, die zum überwiegenden Teil – aber nicht ausschließlich – als einfache Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Von den «potamischen» unterscheidet Ernst Kapp die «thalassischen» Reichsgründungen.²⁹ Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sich in ihrem Zentrum anstelle eines Flusses oder Systems von Flüssen ein Binnenmeer befindet, das einen gesteigerten wirtschaftlichen Austausch zwischen den das Meer umgebenden Regionen ermöglicht und dadurch den Aufstieg einer politischen Ordnung begründet, die diesen Austausch sichert und fördert. Der binnenmeergestützte Austausch

umfasst neben Rohstoffen besonders landwirtschaftliche Produkte und kunsthandwerkliche Gegenstände, aber auch Menschen, die innerhalb des imperialen Raumes zirkulieren und sich, ohne trennende Grenzen überschreiten zu müssen, dorthin begeben, wo ihre Arbeitskraft und ihre Fähigkeiten gebraucht werden und sie ein relativ sicheres Leben führen können. Die Versorgung mit Arbeitskräften erfolgt auch hier nicht nur durch freiwilligen Zuzug, sondern kann, wenn dieser ausbleibt oder nicht genügt, gewaltsam und durch Versklavung stattfinden. Solche thalassischen Großreiche sind etwa um das Mittelmeer, das Schwarze Meer und die Ostsee entstanden. Was das Mittelmeer anlangt, so sind als Beispiele politisch organisierter Großräume im ägäischen Raum der attisch-delische Seebund mit Athen als Zentrum, die karthagische Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer einschließlich der nordafrikanischen Küste, Siziliens und Teilen der hispanischen Halbinsel sowie vor allem das den gesamten Mittelmeerraum umfassende Römische Reich zu nennen. Die großen Erzählungen, die diesen Raum als ein in sich geschlossenes Ganzes konstituieren, handeln von Reisen über das Mittelmeer, durchweg von Osten nach Westen: den Irrfahrten des Odysseus, der Flucht des Aeneas aus dem brennenden Troja nach Latium in der Mitte Italiens und der Reise des Apostels Paulus aus Kleinasien nach Rom. Auch nach dem Zerfall des Römischen Reiches haben sich in Teilen des Mittelmeeres immer wieder thalassische Ordnungen entwickelt, vom byzantinischen Reich im östlichen Mittelmeer über die Seerepubliken Venedig und Genua bis zu dem durch Philipp II. von Spanien begründeten mediterranen System, dem Fernand Braudel die exemplarische Studie einer auf ein Binnenmeer bezogenen Ordnung gewidmet hat.³⁰

Am Schwarzen Meer und an der Ostsee ist es im Unterschied zum Mittelmeer nie zu einer den gesamten Raum umfassenden Reichsbildung gekommen; im Schwarzen Meer haben die italienischen Seerepubliken Genua und Venedig ohne Errichtung einer politischen Vorherrschaft die Ströme der Waren und Dienstleistungen gelenkt beziehungsweise überhaupt erst in Gang gebracht, und in der Ostsee haben die Hansestädte Vergleichbares getan, bis schließlich am Schwarzen Meer die Osmanen und an der Ostsee die Schweden die wirtschaftliche Inte-

gration des Raumes mit einer auf Teile des Binnenmeeres begrenzten politischen Ordnung überwölbt haben.³¹ Alle drei thalassischen Prosperitätsräume zeigen im geschichtlichen Längsschnitt, dass es für ihr Funktionieren nicht zwangsläufig einer politischen Oberherrschaft bedarf, sondern dass die Lenkung von Strömen auch ohne diese erfolgen kann; sie zeigen aber auch, dass das Fehlen einer solchen Oberherrschaft die Wahrscheinlichkeit von Kriegen erhöht, durch die der Wohlstand des Raumes erheblich beeinträchtigt oder gänzlich zerstört werden kann. Um Binnenmeere herum entstehen also Ordnungen mit und Ordnungen ohne politischen Hüter, und es bedarf einer vergleichenden Analyse, um Aussagen darüber machen zu können, welche von ihnen die robusteren und effektiveren sind. Auch das ist ein spezifisches Arrangement von Strömen und Grenzen.

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung entsteht in den um ein Binnenmeer zentrierten Prosperitätsräumen eine Form von Transkulturalität, die von Inter- und Multikulturalität zu unterscheiden ist:³² Bei Transkulturalität gibt es eine übergeordnete Form von Identifikation und Verständigung, die nicht an eine bestimmte Volksgruppe des Raumes gebunden ist, wie das bei multikulturellen Ordnungen der Fall ist, sondern die offen ist für alle, die sich auf sie einzulassen bereit sind. Diese Transkulturalität, zwangsläufige Begleiterin einer Ordnung der Ströme in thalassischen Prosperitätsräumen, ist jedoch hochgradig verwundbar. Sobald Kriege in diesen Räumen über eine längere Zeit andauern, brechen die sprachlich-kulturellen Spaltungslinien, die zuvor durch die Großreichsbildung verdeckt waren, wieder hervor (womöglich werden sie auch erst geschaffen); es entstehen daraus politische Feindschaften, die infolge ihrer kulturalistischen Unterfütterung nur sehr schwer durch einen Friedensschluss zu beenden sind. Die Ordnung des Transkulturellen neutralisiert sprachliche, ethnische und religiöse Unterschiede, und sie zerfällt, wenn diese Unterschiede zu politischen Spaltungslinien werden. Gerade die Geschichte des Ostsee- und die des Schwarzmeerraums bieten dafür eine Reihe von Beispielen.

Als dritten Typus der Reichsbildung hat Ernst Kapp die ozeanischen Großreiche identifiziert, für die in seiner Darstellung die Reichsbildungen der Niederländer und Engländer repräsentativ sind. Hier geht es um

kein territorial geschlossenes Reich, sondern um ein System von Verbindungslinien mit einer Fülle von Knotenpunkten, also um eine Struktur, für die wir heute den Begriff des Netzwerks verwenden würden. An den Endpunkten einer solchen netzwerkförmigen Ordnung können sich größere Landgebiete befinden, wie im Fall des Britischen Empires (Kanada, Indien, Australien), aber das ist nicht zwingend, wie das Beispiel des *seaborne empire* der Niederländer zeigt.³³ Typisch für diese ozeanischen Großreiche ist, dass sie auf die Lenkung und Kontrolle der Waren- und Kapitalströme ausgerichtet sind, dass der Transport von Menschen (mit Ausnahme des Sklavenhandels von Westafrika in den karibischen Raum zwischen dem 16. und dem frühen 19. Jahrhundert) keine wesentliche Rolle spielt und im Unterschied zu den thalassischen Reichsbildungen auch keine transkulturellen Räume entstehen, sondern Transkulturalität auf die wichtigsten Knotenpunkte im System der Verkehrsflüsse und Warenströme beschränkt bleibt. Es sind fast ausschließlich am Meer liegende Handelsstädte, in denen sich bei diesem Typ von Reichsbildung so etwas wie Transkulturalität ausgebildet hat, und diese war wiederum in den Vierteln der Handelskontore mit ihrer Kaufmannskultur anders als die Kultur der Seeleute und Arbeiter in den Hafenvierteln. Größere Migrationsbewegungen haben hier erst mit dem Zerfall der Kolonialreiche eingesetzt, als sich die Unterstützer und Träger des Reiches an seinen Außenposten ins Zentrum des ehemaligen Imperiums zurückzogen.³⁴ Entscheidend war, dass die imperialen Zentren Zugriff auf billige Arbeitskräfte hatten und diese nutzen konnten. Das war etwa im Ersten Weltkrieg der Fall, als die Briten und Franzosen Arbeitskräfte aus den Kolonien als Ersatz für ihre in Soldaten verwandelten eigenen Arbeiter einsetzten, während die deutsche Seite auf Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zurückgriff.³⁵

Der Soziologe Zygmunt Bauman hat im Ausschluss billiger Arbeitskraft den in ökonomischer Hinsicht größten Schwachpunkt exklusiver Grenzregime gesehen. Die EU, so seine These, habe im Rahmen ihrer Süd- und Osterweiterung eine Reihe wirtschaftlich rückständiger Länder aufgenommen, um Zugriff auf eine Reservarmee von Industriearbeitern und Dienstleistern zu haben.³⁶ Auch wenn man Baumans zugepitzter Sichtweise nicht folgt, ist doch unbestreitbar, dass Großreiche,

die ökonomisch heterogene Räume umfassen, sehr viel größere Möglichkeiten haben, billige Arbeitskräfte zu mobilisieren, als Staaten, die in ein engmaschiges System der Grenzen eingebunden sind. So international, wie sich die Arbeiterbewegung gern gegeben hat, ist sie im Europa der Vielstaatlichkeit nie gewesen.

Dem Typus der Reichsbildung, der keine Grenzziehungen, sondern nur Grenzräume kennt und sich auf diese Weise für die Vorteile des Fluiden offenhält, steht die Ordnung des Stationären gegenüber, die auf scharfen Grenzziehungen beruht und ihren exemplarischen Niederschlag im europäischen Staatensystem gefunden hat. Die Geschichte dieses Staatensystems ist lange Zeit mit einem ständigen Bedeutungszuwachs der Grenze verbunden gewesen. Zunächst waren Grenzen weitgehend imaginäre Linien, die mehr in das Territorium hineingedacht und nur an besonderen Stellen durch Grenzsteine markiert waren;³⁷ aber nach und nach wurden aus ihnen Barrieren, die in einem System der Zölle den Zu- und Abfluss von Waren (und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts allenfalls rudimentär von Arbeitskraft) regulierten und dadurch für zusätzliche Staatseinnahmen sorgten. Die merkantilistische Devise dieses Systems lautete, dass ein Staat umso reicher sei, je mehr Güter er aus- und je weniger er einführe. Die Grenze des Staates wurde mit dem Merkantilismus auch zur Begrenzung eines Wirtschaftsraums, der seine Austauschprozesse im Innern des Raumes zu organisieren suchte; die Waren- und Geldströme wurden unter staatliche Kontrolle gebracht, und es entstand die Ordnung der Staatswirtschaft.³⁸ An die Stelle der naturräumlichen Bedingungen, die in den potamischen, thalassischen und ozeanischen Reichen die wirtschaftlichen Austauschprozesse bestimmen, treten hier die willkürlichen Grenzziehungen des Staates. In dieser Ordnung dominiert der politische Wille die ökonomischen Imperative. Mit den politischen Grenzziehungen entwickelte sich freilich auch eine Ordnung, die sehr viel klarer als die der Imperien war, denn die Grenze lieferte das Kriterium zur eindeutigen Unterscheidung von Krieg und Frieden: Wer die Grenze mit bewaffneter Hand überschritt, eröffnete damit einen Krieg, der als Staatenkrieg geführt wurde; während die beiderseitige Respektierung der Grenze damit gleichbedeutend war, dass zwischen den Staaten Frieden herrschte.

Unter dem Eindruck der Französischen Revolution war die Politik – jedenfalls in West- und Mitteleuropa – im 19. Jahrhundert damit beschäftigt, die Grenzen des Staates mit denen der Nation zur Deckung zu bringen, was in Gestalt kriegerischer Grenzverschiebung, aber auch durch eine Politik der inneren Nationalisierung von Bevölkerungsgruppen geschehen konnte. In der Folge kam es dort, wo sich Bevölkerungsgruppen einer anderen Nation zugehörig fühlten, zu den ersten größeren Migrationsbewegungen, die genuin politisch motiviert waren. Die Grenze wurde zu einer dreifachen Codierung des Raumes: Sie markierte den Geltungsbereich einer Rechtsordnung mit politischen Loyalitätserwartungen, den einer Wirtschaftsordnung und den der nationalen Zugehörigkeit. Sie war das bedeutsamste Element im europäischen Staatensystem.

Als dies nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Blockkonfrontation überlagert wurde, erlangte die Grenze durch ihre Unpassierbarkeit einen weiteren Schub an ordnungskonstitutiver Relevanz. Zuvor war sie, in einigen Fällen schon am Ende des 19. Jahrhunderts, in ganz Europa mit dem Ersten Weltkrieg, zu einer Barriere gegen den ungehinderten Zustrom von Arbeitskräften geworden; diese mit der Durchsetzung des staatlichen Passwesens verbundene Entwicklung erfolgte nicht zuletzt unter dem Druck der Gewerkschaften und der Parteien der Arbeiterbewegung, die an einem geschlossenen Markt für das Angebot von Arbeitskraft interessiert waren. Nur unter diesen Umständen konnten sie eine kontinuierliche Politik der Lohnsteigerung durchsetzen und verhindern, dass der Zuzug von Arbeitskräften aus den Armutsregionen der Nachbarstaaten einen Lohndrücker-Effekt hatte. Das ständig wachsende Kontrollbedürfnis der staatlichen Administration und die Sicherheitserwartungen aus der Mitte der Gesellschaft gingen mit den Interessen der Arbeiterschaft schließlich ein Bündnis ein, und so kam die lange Periode grenzüberschreitender Arbeitsmigration, die für die europäische Wirtschaft vom 16. bis zum späten 19. Jahrhundert typisch gewesen war, an ihr Ende.³⁹

Nach den beiden Weltkriegen tauchte die Frage auf, ob das System der Staaten mit seinen scharfen Grenzziehungen womöglich für die Häufigkeit und Intensität der in Europa ausgetragenen Kriege verant-

wortlich sei und ob mit der allmählich wieder einsetzenden internationalen Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen, also der Transformation von Nationalökonomien in Elemente einer Weltwirtschaft, die Nationalstaaten überhaupt noch konkurrenzfähig seien. In Reaktion darauf kam es in Europa zu einem Rückbau und schließlich Abbau der Grenzen: Das begann mit der Montanunion, in der die deutsche und französische Eisen- und Stahlindustrie sowie der für sie unverzichtbare Bergbau derart miteinander verflochten wurden, dass beide Staaten von den rüstungswirtschaftlichen Voraussetzungen her nicht mehr gegeneinander kriegsführungsfähig waren, und setzte sich fort in der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die einen gemeinsamen Markt schuf und so erheblich zur Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Industrie im internationalen Maßstab beitrug. Was sich dabei entwickelte, war ein Neuarrangement von Grenzen und Strömen, das zum einen die Bereitschaft zu kriegerischen Auseinandersetzungen eindämmen und zum anderen die wirtschaftliche Dynamik stimulieren sollte. Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war im Jahr 1985 die Einrichtung des Schengenraums, der den freien Warenverkehr durch die Personenfreizügigkeit ergänzte.⁴⁰

Das Europaprojekt, dessen schrittweises Vorankommen die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Anspruch genommen hat, kann als Rücknahme beziehungsweise Überwindung des Staatensystems angesehen werden; es war eine Annäherung an die raumbezogenen Prosperitätsordnungen mit halbdurchlässigen Außengrenzen und niedrigschwelligen Binnengrenzen. Dieses Modell hat zu einer erheblichen Wohlstandssteigerung in den Mitgliedsländern der EU geführt, doch am stärksten hat die Bundesrepublik Deutschland davon profitiert. Die Flüchtlingsströme nach Europa, vor allem aber die stark durch nationalstaatliche Vorstellungen geprägten Reaktionen darauf, haben jedoch das Niveau der europäischen Integration inzwischen wieder in Frage gestellt, und es ist nicht auszuschließen, dass auf das halbe Jahrhundert zunehmender Verflechtung des europäischen Raumes nun eine Periode nationalstaatlicher Abschottung folgt. Es spricht vieles dafür, dass dies zu einem Wohlstandsverlust führen würde – nicht nur, weil die Kosten für ein entsprechendes Grenzregime im EU-Raum pro Jahr auf etwa

zehn Milliarden Euro geschätzt werden,⁴¹ sondern auch wegen des längerfristigen Wiederauflebens einer wirtschaftsprotektionistischen Politik, die zu einem Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit der Europäer führen dürfte.

Das Migrationssystem von Stadt und Land: eine Ordnung ausgleichender Stabilisierung

Arbeitsmigration geht freilich nicht nur dorthin, wo eine kontinuierliche, von äußeren Einflüssen unabhängige Nachfrage nach Arbeitskräften besteht; es gibt auch eine saisonale Nachfrage, die zu bestimmten Jahreszeiten hochschnellt und dann wieder absinkt. Das ist vor allem in der Landwirtschaft der Fall, früher beim Abernten der Getreidefelder und bei dem anschließenden Dreschen der Ähren, bei der Obsternete noch heute, auch beim Veredeln von Rosen sowie bei allen Arbeiten, die nicht oder nur bei unverhältnismäßig hohen Kosten von Maschinen übernommen werden können. Die kleinen Bauernhöfe in Deutschland waren traditionell so beschaffen, dass saisonale Spitzen durch eine restlose Mobilisierung der familialen Arbeitskraft bewältigt werden konnten. Dabei stellten Kinder die klassische Arbeitsreserve dar. Nur bei körperlich schwerer Arbeit, wie dem Getreidedrusch, gab es Grenzen; wo die gegenseitige Hilfe der Kleinbauern untereinander nicht ausreichte, musste auf Saisonarbeiter zurückgegriffen werden. Sie kamen zunächst aus den armen Gegenden der deutschen Mittelgebirge, wo Getreideanbau nicht möglich war oder sich nicht lohnte, und später holte man sie aus Osteuropa, wo billige Arbeitskräfte in großem Umfang zur Verfügung standen. Als die kleinen Bauernhöfe allmählich verschwanden und nur noch solche von mittlerer Größe rentabel waren, ließ sich der periodisch anschwellende Arbeitskräftebedarf nur noch mit saisonaler Arbeitsmigration decken.⁴² Die Männer – und in wachsendem Maße auch Frauen – kamen dorthin, wo ihre Arbeitskraft für einige Wochen oder Monate gefragt war, und anschließend gingen sie wieder in ihre Heimatgebiete zurück; mitunter taten sie das im Verlauf eines Jahres mehrere Male. Diese zirkuläre Arbeitsmigration wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch den Eisenbahnbau begünstigt, und die immer schnelleren Eisenbahnverbindungen führten dazu, dass die Herkunftsgebiete der Arbeitsmigranten zunehmend weiter entfernt waren von den Regionen ihres Arbeitseinsatzes.

Der Zugriff auf die «agrарischen Reservearmeen» Osteuropas und der immer stärkere Einsatz von Maschinen hatten eine kontinuierliche Vergrößerung der Bauernhöfe zur Folge und damit wachsende Produktionsüberschüsse – sie bildeten die ernährungswirtschaftliche Grundlage für die Industrialisierung und Verstädterung Westeuropas. Der Migrationsforscher Klaus Bade hat diese Entwicklung zusammengefasst: «1800 gab es europaweit 23 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, in denen insgesamt 5,5 Millionen Menschen lebten. 100 Jahre später gab es 135 Großstädte mit 46 Millionen Menschen.»⁴³ Umgekehrt führte das durch die saisonale Arbeitswanderung erwirtschaftete Geld bei den temporär beziehungsweise zirkulär migrierenden Arbeitern aus Osteuropa dazu, dass ihre Familien die überkommene Lebensweise in der Herkunftsregion weiterführen konnten. Diese war noch in hohem Maße naturalwirtschaftlich bestimmt, wies aber mehr und mehr geldwirtschaftliche Einsprengsel auf; die dafür erforderlichen Mittel wurden durch die Arbeitsmigration erworben.⁴⁴ So hatte die zirkuläre Arbeitsmigration unterschiedliche, ja geradezu entgegengesetzte Effekte: In den einen Gebieten beschleunigte sie die wirtschaftliche Dynamik, während sie in anderen sozialkonservativ wirkte. Sie hat die Ungleichzeitigkeit der europäischen Wirtschaftsentwicklung, deren Ergebnis sie war, weiter vertieft.

Die zirkuläre Arbeitsmigration innerhalb Europas stellte für viele Osteuropäer eine Alternative zur Auswanderung nach Nordamerika dar, für die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr von ihnen entschieden. Deutschland, im 19. Jahrhundert eines der Hauptherkunftsländer für die US-amerikanische Einwanderung, wurde nun zum Durchgangsland für osteuropäische Migranten, die sich in Bremerhaven einschifften und die Reise in die Neue Welt antraten.⁴⁵ Aber auch die Auswanderung in die Neue Welt konnte in manchen Fällen eine temporäre beziehungsweise zirkuläre Arbeitsmigration sein; dies nahm in dem Maße zu, wie die Schiffspassage über den Atlantik seit Ablösung der Segelschiffe durch Dampfschiffe schneller und billiger wurde. Das fand seinen Niederschlag in einer wachsenden Zahl von Remigranten, die aus der Neuen Welt in die alte Heimat zurückkehrten. Dabei handelte es sich keineswegs, wie man auf den ersten Blick meinen könnte,

nur um Menschen, denen es nicht gelungen war, in Amerika Fuß zu fassen; sondern auch um solche, die von vornherein mit der Absicht in die Neue Welt gegangen waren, dort möglichst viel Geld zu verdienen und nach einigen Jahren nach Europa zurückzukehren, um sich in ihrer alten Heimat eine neue Existenz aufzubauen. Die Arbeitsmigration zwischen Italien und Argentinien glich seit 1880 sogar dem Modell der saisonal-zirkulären Wanderbewegung innerhalb Europas: Die als *Golondrinas*, als Schwalben bezeichneten Arbeitsmigranten nutzten dabei die entgegengesetzten Jahreszeiten auf der Süd- und Nordhalbkugel der Erde: Vom Frühjahr bis zum Herbst waren sie als Feldarbeiter in Italien tätig, fuhren danach mit dem Schiff nach Buenos Aires, wo der Frühling gerade erst begann, und übernahmen dort die anfallenden landwirtschaftlichen Arbeiten; bis zum Herbst arbeiteten sie in Südamerika und kehrten dann rechtzeitig zur Feldbestellung im März nach Italien zurück. Der Migrationshistoriker Jochen Oltmer nimmt an, dass sich vor dem Ersten Weltkrieg bis zu hunderttausend Menschen auf die zirkuläre Arbeitsmigration eingelassen haben.⁴⁶

Der Erste Weltkrieg hat dies stark eingeschränkt; später kam die große Wirtschaftskrise hinzu, in deren Folge die Arbeitskräftenachfrage in Nord- und Südamerika stark zurückging. Obendrein unterwarfen die Staaten den ungeordneten Zuzug von Arbeitskräften, wie er für das 19. Jahrhundert typisch gewesen war, einer wachsenden Kontrolle; dabei wurden sie, wie erwähnt, nicht selten von den Parteien der Arbeiterbewegung unterstützt.⁴⁷ Vor allem der «Eiserne Vorhang» zwischen den beiden nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Blöcken unterband für vier Jahrzehnte die klassische Arbeitsmigration zwischen Ost- und Westeuropa. Dass die Bedingungen für die Arbeitskräftewanderung innerhalb Europas fortbestanden und nicht etwa durch die sozioökonomische Entwicklung des osteuropäischen Raums in der Ära des Kalten Krieges überwunden worden waren, zeigte sich nach dem Ende des östlichen Grenzregimes, als Millionen von Arbeitsmigranten in den Westen strömten, um dort nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsstrukturen neue Beschäftigungen zu finden. So sind seit Öffnung der Grenzen bis 2004 etwa drei Millionen Menschen nach Deutschland gekommen,⁴⁸ wo sie einen nachhaltigen Beitrag zur Bevöl-

kerungsentwicklung leisteten und gleichzeitig durch Geldüberweisungen an zurückgebliebene Familienangehörige die soziale Auflösung ihrer Herkunftsräume verhinderten. Ähnliches lässt sich, wenngleich in weniger dramatischer Zuspitzung, von den Arbeitsmigranten aus Südtalien, Jugoslawien und der Türkei sagen, die nach Unterbrechung der herkömmlichen Arbeitskräftewanderung von Ost nach West in die Bundesrepublik kamen, um zu bleiben oder nach einiger Zeit wieder in die alte Heimat zurückzukehren.⁴⁹

Deutlich stärker noch als in Europa und Amerika ist das System der Arbeitskräftemigration in den Golfstaaten ausgeprägt, wo die Zahl der für eine begrenzte Zeit angeworbenen Arbeitskräfte die der alteingesessenen Bevölkerung in einigen Fällen, etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar, deutlich übertrifft.⁵⁰ Inzwischen sind Indien, Pakistan und die Philippinen zu den weltweit größten und wichtigsten Exporteuren von Arbeitskraft geworden,⁵¹ und die von den Arbeitsmigranten getätigten finanziellen Transfers leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Wirtschaftskraft und sozialen Stabilität ihrer Herkunftsländer.

Nach Angaben der Weltbank haben Migranten aus den «Entwicklungsländern» im Jahr 2014 etwa 414 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer überwiesen, das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.⁵² Ein Ausbleiben dieser Transfers würde zu schweren gesellschaftspolitischen Verwerfungen führen. Freilich unterliegt die Migration unterschiedlichen Bedingungen: Innerhalb Asiens funktioniert sie als Arbeitsmigration, nach Europa hingegen ist es eine Asylmigration. Das zeigt sich unter anderem an der Weigerung Pakistans, die seit dem Spätherbst 2015 vermehrt nach Europa beziehungsweise Deutschland gekommenen Pakistani, die hier keinerlei Chance auf Anerkennung als Asylanten (und damit auch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt) haben, entsprechend den zwischenstaatlichen Gepflogenheiten wieder zurückzunehmen. «Pakistan», so der stellvertretende griechische Außenminister Dimitris Kourkoulas, «betreibt eine systematische Politik der Förderung von Auswanderung. Das ist Teil der Wirtschaftsplanung solcher Staaten.»⁵³

Die historischen wie gegenwärtigen Beobachtungen zu Migrations-systemen, in denen ein kontinuierlicher Zustrom von Arbeitskraft in die regionalen wie globalen Zentren wirtschaftlicher Prosperität stattfindet, lassen sich zu einem transhistorischen Modell der Stadt-Land-Beziehung verallgemeinern. Es reicht bis zu den Anfängen von Städtebildung im 3. vorchristlichen Jahrtausend zurück und weist auf die Entstehung von immer mehr «Megacities» hin; man nimmt an, dass im Jahr 2050 zwei Drittel der dann vermutlich neun Milliarden Menschen zählenden Erdbevölkerung in Städten leben werden.⁵⁴ Zu erwarten ist, dass das demographische Übergewicht der Städte gegenüber dem Land zu einer deutlichen Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses führt, denn der Blick in die Geschichte zeigt, dass sich die in Städten lebende Bevölkerung biologisch eigentlich nie zu reproduzieren vermochte, sondern auf soziale Reproduktion, also Zuzug vom Lande, angewiesen war.⁵⁵ Dagegen waren die Dörfer und Ackerbürgerstädtchen fast immer ein Raum des demographischen Überschusses, der entweder in dünn oder noch gar nicht besiedelte Gebiete abwanderte oder seit der Entstehung von großen Städten das für deren Entwicklung und Fortbestand erforderliche Menschenreservoir bildete. «Großstädte entstehen und wachsen durch Zuwanderung», haben die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald die einschlägigen Forschungsergebnisse zusammengefasst. «Zuwanderung ist konstitutiver Bestandteil von Stadtentwicklung. Ohne Zuwanderung gibt es nicht nur kein Bevölkerungswachstum, selbst Stabilität der Bevölkerung würde es in den Großstädten ohne Zuwanderung nicht geben.»⁵⁶

Das Ausmaß des Bevölkerungsaustauschs zwischen Land und Stadt hat sich nach geographischem Raum und historischen Gegebenheiten verändert, aber die Grundkonstellationen sind im Lauf der Geschichte gleich geblieben: Auf dem Land gab es starke Anreize für eine hohe Kinderzahl; Kinder waren unverzichtbare Arbeitskräfte, und im Prinzip schlug ihre Aufzucht hier, was die Kosten anlangte, nicht so stark zu Buche wie in der Stadt. Sie waren ein integraler Bestandteil des Reproduktionssystems Bauernhof, und das wurde nur dort außer Kraft gesetzt, wo es zu einer Latifundienwirtschaft kam. Diese wurde, wie im Fall der späten römischen Republik oder in den amerikanischen Süd-

staaten, mit Sklaven betrieben, oder sie beruhte auf einem System der Leibeigenschaft, bei dem Abwanderung unter Strafe stand. Aber auch in der Zeit der Leibeigenschaft war das Land der Raum, aus dem sich die Reproduktion der Städte speiste. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass das Wachstum der Städte über die längste Zeit der Geschichte aufgrund des geringen agrarischen Mehrprodukts begrenzt blieb.

Dass sich die Städte nicht selbst zu reproduzieren vermochten, lag bis weit ins 19. Jahrhundert hinein an dem wiederholten Ausbruch von Seuchen, die einen Teil der städtischen Bevölkerung hinwegrafften.⁵⁷ Nun ist es nicht so, dass Krankheitsepidemien, wie etwa die große Pest in der Mitte des 14. Jahrhunderts, nicht auch die Dörfer und die dortige Bevölkerung erfasst hätten, aber die Sterblichkeitsrate in den Städten war infolge des engeren Zusammenlebens und der schlechten hygienischen Verhältnisse sehr viel höher als auf dem Land.⁵⁸ Eine weitere Ursache für die niedrigere biologische Reproduktionsrate der Stadt ist, dass Kinder hier nicht so ohne weiteres als Arbeitskräfte verwendbar waren wie auf dem Land. Ihr Aufwachsen war deutlich teurer als in den Dörfern: von der räumlichen Unterbringung bis zur Ernährung. Selbstverständlich wurden Kinder auch im städtischen Rahmen für einfache Tätigkeiten herangezogen. Diese Tätigkeiten konnten in Naturalien oder Geld entlohnt werden, aber das wog die mit dem Lebensunterhalt verbundenen Kosten nicht auf. Außerdem musste in der Stadt für die Berufsqualifikation bezahlt werden, während die Heranwachsenden auf dem Land die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten meist von den Eltern erlernten. Stadt und Land bildeten ein sich gegenseitig stabilisierendes System des Bevölkerungsausgleichs, in dem beide voneinander profitierten: Für viele Landbewohner war die Stadt der Ort eines imaginierten oder auch realen sozialen Aufstiegs; für die Stadt war das Land die Versorgungsgrundlage und das Reservoir, aus dem der wachsende Arbeitskräftebedarf gedeckt wurde.

Das Stadt-Land-Modell, das sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts als System der ausgleichenden Stabilisierung im regionalen Rahmen bewährt hat, ist heute auf großräumliche, wenn nicht globale Zusammenhänge zu übertragen. In globaler Hinsicht hat der reiche Norden – die USA und Kanada sowie einige Länder der EU – die Rolle der Stadt über-

nommen, während der Süden die frühere Rolle des Landes innehat: auf der einen Seite die Organisation der wirtschaftlichen Prozesse und die Industrieproduktion, auf der anderen Seite die demographische Reserve, die der Norden braucht, um die sich kontinuierlich lichternden Reihen aufzufüllen. Die Übertragung des Stadt-Land-Modells auf die Konstellationen der Gegenwart zeigt freilich auch eine Reihe gravierender Differenzen zur herkömmlichen Struktur: Der Norden ist im Unterschied zur klassischen Stadt nicht von der Versorgung mit Lebensmitteln abhängig. Der Süden ist seinerseits nicht mehr ländlich strukturiert, sondern weist eine Reihe von «Megacities» auf, die eine weitaus größere Bevölkerungszahl haben als die Städte des reichen Nordens. Die klassische Stadt-Land-Beziehung ist dadurch aus dem Gleichgewicht geraten: Der Süden bringt einen größeren Bevölkerungsüberschuss hervor, als der Norden aufnehmen kann und für seine soziale Reproduktion braucht, was die Konflikte um knappe Ressourcen im Süden schürt; und der Norden exportiert seine Überschüsse, auch solche an Lebensmitteln, zu Billigpreisen in den Süden und zerstört damit die dortigen Produktionsstrukturen, was die Überlebenskriege des Südens weiter verschärft.

Philosophien des Nomadismus und der Sesshaftigkeit

Die Imaginationen von Heimat, seien sie nun Erinnerung oder Projektion, naiv oder philosophisch elaboriert, auf den Raum der Herkunft bezogen oder als ein Unternehmen der Ankunft entworfen, kreisen um den bestimmten Ort, die stete Bleibe, und stellen damit die Sesshaftigkeit als Realisierung des menschlichen Lebensraums heraus. Dem stehen Konzeptionen eines neuen Nomadismus gegenüber, in denen der stete Wechsel und die permanente Ortsveränderung als Königsweg menschlicher Selbstverwirklichung beschrieben werden. In der Auszeichnung des Nomadischen kommen unterschiedliche Denkbewegungen zusammen: zunächst die Umwertung des antijüdischen Motivs des Unsteten, Heimatlosen und Ahasverischen ins Positive, in eine Art der Lebensführung, in der sich das Selbst nicht ans Gegenständliche des angestammten Territoriums verliert, etwa bei Emmanuel Levinas und Vilém Flusser;⁵⁹ dazu das schon für Aurelius Augustinus zentrale Motiv, wonach der Aufenthalt der Christen in dieser Welt nur ein Durchgangsstadium sei, eine Pilgerschaft, aber keine dauernde Bleibe, wie in der Vorstellungswelt der Heiden;⁶⁰ und schließlich die normative Überhöhung soziologischer Beobachtungen zum Leben ökonomischer und kultureller Eliten, die zwischen den großen Metropolen der Weltwirtschaft zirkulieren und darüber eine antitellurische, eine nicht mehr an den Boden gebundene Identität entwickelt haben. Das an einem bestimmten Ort Zuhause sein, womöglich gar die Vorstellung von Heimat, ist dieser Sicht zufolge bloß Ausdruck von Provinzialität und Rückständigkeit.⁶¹

Die Philosophie des Nomadismus, die das Zeitalter der «wohnenden Tiere» zu Ende gehen sieht und darauf verweist, dass die Menschen ja für das Nomadentum durchaus geeignet gewesen seien und jetzt zu ihrer ursprünglichen Lebensweise zurückkehren würden,⁶² fasst die unterschiedlichen Typen fehlender Sesshaftigkeit zu einem einheitlichen Modell künftigen Lebens zusammen: Manager und Banker, die regelmäßig ihren Standort wechseln, zwischen New York, London und Tokio pendeln und es sich leisten können, in den jeweils feinsten Gegenden

dieser Städte Penthousewohnungen zu mieten, werden mit Obdachlosen und Stadtstreichern, die unter Brücken oder auf Parkbänken nächtigen, zu einem Lebensweise-Typus amalgamiert; dazu werden Wissenschaftler und Studenten, die von Projekt zu Projekt wandern oder aus Gründen der Profilbildung mehrfach die Universität wechseln, mit den Strömen von Migranten verrechnet, die auf der Suche nach einem besseren Leben oder auf der Flucht vor Dürrekatastrophen ihre Herkunftsgebiete verlassen haben. Bereits 1992 erklärte der aus Palästina stammende amerikanische Literaturwissenschaftler Edward Said, die Fackel der Befreiung sei von den Kulturen der Sesshaftigkeit an «unbehaute, dezentrierte, exilierte Energien» weitergereicht worden und deren «Inkarnation [sei] der Migrant».⁶³ Migration und Nomadismus wurden zur Lebensform der Zukunft erklärt.

Die nüchterne soziologische Diagnose, die den interkontinentalen Ortswechsel als Lebensform der Wirtschaftselite beschreibt, und die Befunde der Migrationsforschung, denen zufolge noch nie zuvor so viele Menschen auf der Flucht waren wie zurzeit, wurden zusammengeworfen, um die erforderlichen Fallgrößen für die Identifikation einer neuen Lebensweise zu bekommen. Anschließend ist diese Lebensweise nicht nur als das Modell der Zukunft bezeichnet, sondern auch als eine neue Form der Freiheit ausgegeben worden: In ihr treten die Menschen aus den Zwängen des Angestammten heraus und lassen die Nostalgie der Ortsbindung hinter sich. Unter der programmatischen Überschrift «Wohnung beziehen in der Heimatlosigkeit» schrieb der Kommunikationstheoretiker Flusser: «Während der weitaus größten Zeitspanne seines Daseins ist der Mensch zwar ein wohnendes, aber nicht ein beheimatetes Tier gewesen. Jetzt, da sich die Anzeichen häufen, daß wir dabei sind, die zehntausend Jahre des sesshaften Neolithikums hinter uns zu lassen, ist die Überlegung, wie relativ kurz die sesshafte Zeitspanne war, beherrschend. Die sogenannten Werte, die wir dabei sind, mit der Sesshaftigkeit aufzugeben, also etwa den Besitz, die Zweitrangigkeit der Frau, die Arbeitsteilung und die Heimat, erweisen sich dann nämlich nicht als ewige Werte, sondern als Funktionen des Ackerbaus und der Viehzucht. Das mühselige Auftauchen aus der Agrikultur und ihren industriellen Atavaren [gemeint sind wohl Avatare] in die noch unkartogra-

phierten Gegenden der Nachindustrie und Nachgeschichte [...] wird durch derartige Überlegungen leichter. Wir, die ungezählten Millionen von Migranten (seien wir Fremdarbeiter, Vertriebene, Flüchtlinge oder von [...] Seminar zu Seminar pendelnde Intellektuelle), erkennen uns dann nicht als Außenseiter, sondern als Vorposten der Zukunft. Die Vietnamesen in Kalifornien, die Türken in Deutschland, die Palästinenser in den Golfstaaten und die russischen Wissenschaftler in Harvard erscheinen dann nicht als bemitleidenswerte Opfer, denen man helfen sollte, die verlorene Heimat zurückzugewinnen, sondern als Modelle, denen man, bei ausreichendem Wagemut, folgen sollte.»⁶⁴

Sieht man genauer hin, so handelt es sich bei Flussers Text mehr um einen Kampf gegen die Suggestionen und Versprechen der Sesshaftigkeit, wie sie im Wortfeld von «Heimat» gebündelt sind, als um den Entwurf einer neuen Lebensform, die mehr ist als ein notgedrungenes Hinnehmen des Unvermeidlichen. Unüberhörbar ist bei Flusser, vor allem aber bei Levinas, die Kontraposition zu einer Philosophie der Verwurzelung, die bei Heidegger im heimatlichen Wald, in den ausgetretenen Schuhen einer Bäuerin, im Krug oder in der Weinkaraffe eine zur Wesenhaftigkeit verdichtete Beschreibung erfahren hat. Der Heidegger'schen Ontologie des heimatlichen Ortes ist Bachelards Beschreibung des Hauses verwandt, in dem man groß geworden ist, des Elternhauses also, das als ein Ort der Geborgenheit imaginiert wird, der uns mit Erinnerungen und Orientierungen versorgt.⁶⁵ Gegen ein auf den Ort, die Tradition sowie den Grund und Boden fixiertes Leben der Eigentlichkeit oder Geborgenheit wird die migrantische Existenz nicht als Verlust oder Verzicht, sondern als zu bevorzugende Alternative gestellt: Der Eintritt in die Moderne, in der lebenslange Sesshaftigkeit nicht unmöglich, aber unüblich geworden ist, wird nicht als Weltverlust beklagt, sondern als Freiheitsgewinn gefeiert.⁶⁶ In der Ontologie der Verwurzelung, die immer die «Entwurzelten» als negativ besetzte Existenzform mit sich führt, sieht Levinas die philosophische Rechtfertigung eines exklusiv angeeigneten Lebensraums, der die Voraussetzung dafür war, dass die Menschheit in Einheimische und Fremde aufgespalten werden konnte. Levinas will diese asymmetrische Dichotomie durchbrechen, indem er den starken Bezug auf Herkunft und Tradition als Fortleben

eines heidnischen Aberglaubens bezeichnet, der überwunden werden muss, um den «Fremden» durch den «Anderen» zu ersetzen.⁶⁷ Die Anerkennung des Anderen, der mir in meiner Eigenheit nicht als ein Fremder entgegentritt, sondern ein unverzichtbarer Begleiter meines Selbstverständnisses ist, öffnet damit die Tür zu einem neuen Verständnis von Freiheit, das nicht wesentlich exklusiv, sondern inklusiv ist. Die Humanität des Nomaden besteht in seiner wesenhaften Distanz gegenüber dem Besitzenwollen.

Die über Identität und Alterität, Heimat und Nomadismus, Geborgenheit und Freiheit ausgetragene Kontroverse ist von großer Bedeutung für die normative Beurteilung von Migration und die Art, in der Arbeitsmigranten und Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen und behandelt werden: Sollen sie in ihrem Zielland «eine neue Heimat finden», wie eine der politisch-humanitären Formeln lautet, oder ist diese Art der Inklusion eine Vereinnahmung, die dem Migranten die gerade erworbene neue Freiheit wieder nimmt? Das würde heißen, dass die Selbstausschließung der Neuankömmlinge von den Gepflogenheiten des Ankunftslandes keineswegs eine trotzige Reaktion auf die hier seit der Ankunft gemachten Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen darstellt, sondern auf die Herstellung eines Schutzraums gegen die Zudringlichkeiten der neuen sozialen Umgebung hinausläuft. Ist also Integrationspolitik nichts anderes als eine Form anmaßender Vereinnahmung durch diejenigen, die aus Zufall früher in einem bestimmten Raum angekommen sind als die jetzt erst eintreffenden Migranten?

Auch wenn die Vorstellung eines neuen Nomadismus mitsamt dessen normativer Überhöhung eine Fülle von theoretischen Schwächen und Fehlstellen aufweist und alles andere als ein kohärenter Gesellschaftsentwurf ist, so sollten die darin gemachten Einwände gegen die Heimatvorstellung, die selbstverständliche Annahme der Sesshaftigkeit und die Entgegensetzung von Eigen und Fremd doch bei der Konzeption einer wie auch immer angelegten Integrationspolitik im Auge behalten werden – keineswegs nur aus Menschenfreundlichkeit gegenüber den Migranten, sondern auch im Bewusstsein der migrantisch-fluiden Anteile unserer eigenen Gesellschaft, von den Zirkulationserwartungen

im Wirtschafts- und Wissenschaftssystem bis hin zu den Touristenströmen, die sich von hier aus Jahr für Jahr in die Welt ergießen. Zygmunt Bauman hat den modernen Touristen als «einen bewußten und systematischen Sammler von Erfahrungen» bezeichnet, einen, der «die Beschaulichkeit des eigenen Zuhauses» verlässt, um auf Abenteuersuche zu gehen, «aber es ist ebendieselbe Beschaulichkeit, die jene Abenteuersuche zu einem ungetrübt angenehmen Zeitvertreib macht». ⁶⁸ Der Tourist unterscheidet sich vom Migranten freilich dadurch, dass er ein Zuhause hat, in das er nach Belieben zurückkehren kann – aber er hat eine Neigung, diese Rückkehr hinauszuzögern, weil er die Heimatgebundenheit des Zuhauses scheut und fürchtet. «Das ‹Heim› hält sich am Horizont des Touristenlebens als eine unheimliche Mischung aus Schutzraum und Gefängnis.» ⁶⁹ Das stellt sich für den Nomaden ähnlich dar: Er hat kein Heim und will, so sagt es die Philosophie des Nomadismus, auch keines finden, weil er ahnt, dass ein solcher Schutzraum sich schnell in ein Gefängnis verwandeln kann. Der zur Flucht Getriebene hingegen hat seine Heimat verlassen, um sich auf die Suche nach einem neuen Schutzraum zu machen, den er zu Hause verloren hat. Nichts liegt ihm ferner als die Vorstellung, dass der neue Schutzraum zum Gefängnis werden könnte.

Eines darf dabei nicht übersehen werden: das Modell einer nomadischen Welt ist eines, in dem entgegen den von seinen Verfechtern gepflegten antikapitalistischen Untertönen die Vorstellungen einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialordnung auf die Spitze getrieben sind. Versorgungsansprüche gegenüber irgendwelchen Solidargemeinschaften sind darin nicht vorgesehen und können auch nicht eingelöst werden, weil es keine stabilen Gemeinschaften mehr gibt; an deren Stelle sind Versicherungspolicen getreten, freilich von Versicherungen ohne staatliche Ausfallbürgschaften, und solche Policen können sich nur die Gutgestellten unter den Migranten leisten. Auch einen sozial vorsorgenden Wohnungsbau wird es in der Welt des verallgemeinerten Nomadentums nicht mehr geben, denn es gibt dann auch keine fest Ortsansässigen mehr, die ihn für ihresgleichen betreiben. Vielmehr werden in den «Megacities», die sich an den Knotenpunkten der globalen Netzwerke befinden, *gated cities* entstehen, eingefriedete, umzäunte Stadtteile

mit entsprechendem Sicherheitspersonal, und daneben Slums, in denen die Armen leben, die kaum für das Überlebensnotwendige aufkommen können und zusehen müssen, wo sie bleiben. Überhaupt wird der gesamte Bereich der Daseinsvorsorge privatisiert sein, und wer nicht zahlen kann, wird leer ausgehen; auch muss die Vorstellung von Solidarität gesellschaftlicher Gruppen oder nationaler Verbände durch den Appell an die persönliche Barmherzigkeit und das individuelle Mitleid gegenüber den ins Elend Geratenen ersetzt werden. Die moderne Gesellschaft der Nomaden wird eine radikal individualisierte Gesellschaft sein – und das wird sie von den früheren Nomadengesellschaften grundlegend unterscheiden.

Die vor allem von Levinas gepflegte Rückbindung einer nomadisch entorteten Lebensform an das Judentum ist darin problematisch, dass er sie nicht auf die prekäre Existenzform der Diaspora, des «Zerstreutseins unter die Völker», bezieht, sondern als alternativen Ordnungsentwurf zu den poliszentrierten Ordnungsvorstellungen der Griechen verstanden wissen will. Außer Frage steht, dass die klassische Polisvorstellung ortsbezogen ist und die Griechen dabei gerade nicht an die vielsprachigen und multiethnischen Großstädte Kleinasiens und Mesopotamiens dachten, sondern an Stadtgemeinden, die eine dem Inklusions-Exklusions-Schema folgende Identität gepflegt haben.⁷⁰ Dieses Polismodell der Griechen ist für unser Verständnis vom Politischen zentral geworden. Die Exoduserzählung als identitätskonstitutives Narrativ der Juden handelt freilich nicht nur vom Auszug aus Ägypten als dem Land des Frondienstes und der Knechtschaft; sie enthält auch die Vorstellung des «Gelobten Landes» als eines von Gott verheißenen Ankunftsraums nach einer vierzig Jahre dauernden Wanderschaft in der Wüste, und es ist nicht zuletzt diese Aussicht, die das immer wieder gegen seinen Anführer Moses aufbegehrende und gegen seinen Gott murrende Volk daran hindert, das Exodusprojekt abzubrechen und reumütig nach Ägypten und zu dessen Fleischtöpfen zurückzukehren. Das Nomadische ist somit nur eine Zwischentappe, eine Zeit der Reinigung, die Voraussetzung für das Betreten des Gelobten Landes, und keineswegs eine Zeit der Freiheit.⁷¹ Die Wanderung in der Wüste lässt sich sehr viel plausibler als Phase der Liminalität verstehen, als Aufenthalt im Zwischenraum oder

ein Stehen auf der Grenze, denn als ein Zustand der Dauer, in dem man leben will und leben kann.

Es stellt sich also die Frage, wie beide Modelle der Ordnung, das des Stationären mit einem potenziell hohen Maß der Daseinsvorsorge und das des Fluiden mit seiner Akzentsetzung auf individueller Lebensgestaltung und einer prinzipiellen Offenheit des Lebensentwurfs, miteinander verbunden werden können. Für ein Übergewicht des Fluiden argumentieren die Vertreter eines «Rechts auf freie Wohnortwahl», die nicht nur zwecks kontinuierlicher Migrationsbewegungen die Außengrenzen der EU durchlässiger machen wollen, sondern sich auch gegen eine nach Kontingenten gestaltete Flüchtlingsverteilung innerhalb der EU wenden und kritisieren, dass es eine Residenzpflicht für Flüchtlinge in den ihnen zugewiesenen Ländern der Europäischen Union oder in bestimmten Städten ihres Ziellandes geben soll.⁷² Miltiadis Oulios, einer der Vertreter dieser Position, entwickelt das Recht auf freie Bewegung und Wohnortwahl der Migranten freilich nicht aus grundlegenden Normen heraus, sondern vielmehr aus der normativen Kraft des Faktischen, nämlich dem Umstand, dass sich die Flüchtlinge inzwischen «eine neue Form von grenzüberschreitender Bewegungsfreiheit» erobert hätten und der Staat nur noch in der Lage sei, jede dritte Ausweisungsverfügung durchzusetzen.⁷³ Vollzugsdefizite des Staates werden damit zu einem Argument migrantischer Freiheit. Das Scheitern des Staates, so Oulios, sei das Ergebnis passiven Widerstands der Migranten, die ihre Identitätspapiere vor der Einreise vernichten und dadurch den staatlichen Behörden die Möglichkeit nehmen, abgelehnte Asylbewerber in ihr Herkunftsland abzuschieben. Oulios nennt das die Eroberung des Rechts auf Bewegungsfreiheit durch die Migranten.⁷⁴ In anderer Form findet sich dieses Argument auch bei Umberto Eco, der die jüngsten Migrationswellen nach Europa als «nichtkontrollierbares Naturphänomen» bezeichnet hat, da alle Versuche einer Abwehr oder Ausdünnung der Flüchtlingsströme an den Außengrenzen der EU gescheitert seien. Daran anschließend differenziert Eco zwischen Migration und Immigration; Letztere beschreibt er als politisch kontrollierbar; Erstere entziehe sich dagegen jedweder Kontrolle und Lenkung. Immigration, so Eco, passe sich der Lebensweise des Aufnahmelandes

an, während Migration dessen Kultur radikal verändere.⁷⁵ Seine Gegenwartsdiagnose lautet: «Die Phänomene, die Europa heute noch als Fälle von Immigration behandelt, sind indessen schon Fälle von Migration.»⁷⁶

Das alles ist freilich Wasser auf die Mühlen derer, die den Flüchtlingsstrom mit einem harten Grenzregime stoppen wollen: Wer an der Grenze keine Papiere vorweisen könne, müsse zurückgewiesen werden, und um die Regeln der Immigration gegen die der Migration durchzusetzen, dürfe man nur so viele Flüchtlinge ins Land lassen, wie dieses verkraften könne, ohne dass sich seine Lebensweise, seine Werte und Regeln veränderten. Letzteres muss nicht eo ipso eine rechtspopulistische oder nationalkonservative Position sein, sondern kann, das hat die nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht in Deutschland geführte Debatte gezeigt, auch auf die Verteidigung einer liberalen und offenen Gesellschaft hinauslaufen: durch die Verteidigung der Sicherheit öffentlicher Plätze für jedermann und jedefrau zu jeder Zeit wie durch die Abwehr eines importierten Antisemitismus oder homophober und frauenfeindlicher Grundeinstellungen. Die Anhänger einer radikal liberalen Bewegungsfreiheit und eines Rechts auf freie Wohnortwahl haben schlichtweg die Dialektik zwischen Offenheit und Geschlossenheit einer Gesellschaft übersehen:⁷⁷ Nicht immer nämlich führt eine weitere Öffnung der Räume zu mehr Offenheit, und mitunter muss Offenheit durch eine Politik der Schließung verteidigt werden. Grenzenloser Nomadismus ist jedenfalls nicht gleichbedeutend mit einem Zugewinn an Freiheit, und die Verteidigung von Grundsätzen und Werten muss nicht gleichbedeutend sein mit engstirniger Identitätspolitik. Das gilt freilich auch umgekehrt: Nicht jedem, der sich auf politische Identität beruft, geht es um demokratische Grundsätze und freiheitliche Werte; in vielen Fällen verbirgt sich hinter der Forderung nach einem rigiden Grenzregime, das die Migranten «draußen» halten soll, nichts anderes als ein kruder Rassismus, der sich gern auch einmal als Verteidigung der eigenen Kultur ausgibt. Worum es tatsächlich geht, ist immer nur im Einzelfall zu entscheiden.

Eine normativ anspruchsvolle Position – also eine, die sich nicht darauf beschränkt, auf den rasanten Anstieg der Mieten und Immobili-

enpreise bei freier Wohnortwahl zu verweisen, der die Wahrnehmung dieses Rechts vom Einkommen und vom Vermögen abhängig machen würde – setzt bei den Folgen an, die eine konsequent nomadische Lebensweise für die Entwicklung des Selbst und für den Zusammenhalt von Sozialverbänden haben dürfte. Beginnen wir mit der Frage nach den Gelingensbedingungen bei der Formung eines starken Selbst: In dem Buch *Quellen des Selbst*, seiner großen Abhandlung über die Ursprünge der neuzeitlichen Identität, hat der kanadische Sozialphilosoph Charles Taylor auf das Zusammenspiel von Identität und Orientierung, von Identitätskrise und Orientierungsverlust hingewiesen, und dabei hat er die Metaphorik von Raum und Rahmen (*framework*) verwendet.⁷⁸ Wir finden uns im Hin und Her der Anforderungen und Erwartungen umso besser zurecht, je genauer wir uns in dem Raum, in dem wir uns bewegen, auskennen und je stärker wir uns auf einen Rahmen von identitätsstiftenden Vorstellungen beziehen können. Die Kohärenz von Raum und Rahmen, so lässt sich daraus schlussfolgern, ist eine günstige Voraussetzung für die Entstehung moralisch gefestigter Identitäten. Längere Sesshaftigkeit ermöglicht in der Gewissheit von Raum und Rahmen die Ausbildung von Weltvertrauen. Im Falle migrantischer Existenzformen müssen diese der Identitätsbildung entgegenkommenden Voraussetzungen unter erheblichem Aufwand kompensiert werden, um vergleichsweise stabile Orientierungen zu ermöglichen. Ob sich unter diesen Umständen von der migrantischen Lebensweise als der wirklichen Freiheit sprechen lässt, wie bei Flusser und Levinas, ist überaus fraglich.

Der andere Einwand gegen den Nomadismus als neue Lebensform setzt bei den sozialmoralischen Voraussetzungen der Zivilgesellschaft an; dabei stützt sich dieser Einwand auf die empirischen Studien des Politikwissenschaftlers Robert Putnam, in denen er ein gewisses Maß an Vertrauen – gemeint ist vor allem Sozialvertrauen und weniger Systemvertrauen – als unabdingbare Voraussetzung einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer funktionierenden Demokratie ausgemacht hat.⁷⁹ Wo dieses Vertrauen fehlt oder sich gar Misstrauen ausgebreitet hat, funktionieren Demokratien nach Putnams Beobachtungen eher schlecht als recht. Autoritäre Herrscher und Diktatoren scheinen das schon immer gewusst zu haben; seit jeher streuen sie Misstrauen, weil

dies ihrer Machtausübung entgegenkommt und für den Fortbestand ihrer Herrschaft günstig ist. Umgekehrt heißt das aber auch, dass sich selbst verwaltende politische Verbände nur eine begrenzte Anzahl von Fremden aufnehmen und integrieren können, ohne das für sie unverzichtbare soziale Vertrauen zu verlieren. Nicht die physischen Kapazitäten einer Gesellschaft entscheiden danach über ihre Fähigkeit, Fremde aufzunehmen, sondern die Belastbarkeit des Vertrauens im Sinne einer Voraussetzung gesellschaftspolitischer Identität. Der britische Soziologe Paul Collier hat unter Berufung auf Putnam so argumentiert und eine Begrenzung von Zuwanderung gefordert: «Je mehr Einwanderer in einer Gemeinschaft leben, desto geringer wird das Vertrauen nicht nur zwischen den verschiedenen Gruppen, sondern auch *innerhalb der Gruppen*. Ein hoher Einwandereranteil führt zu einem geringeren gegenseitigen Vertrauen unter den einheimischen Mitgliedern der Gemeinde, und aufgrund der Bedeutung des Vertrauens für die Kooperation ist es kaum anders zu erwarten, dass das geringere Vertrauen in vielerlei Formen reduzierter Kooperation zutage tritt.»⁸⁰ Diese Beobachtung muss integrationspolitisch nicht das letzte Wort sein; sie kann auch als ein energischer Hinweis verstanden werden, wonach dort, wo viele Neuankömmlinge zu den Alteingesessenen hinzukommen, erhöhte Investitionen in die Herstellung von Vertrauen vonnöten sind. Hier wird nicht von Obergrenzen her gedacht, sondern von Anstrengungen, durch die eine sozialmoralische Elastizität bei der Aufnahme von Neuankömmlingen geschaffen wird.

Die Begegnung mit dem Fremden: zwei Typen der Stadt

Die Metropole, so die einschlägigen Arbeiten, sei durch einen Zustrom von Menschen aus allen Himmelsrichtungen gekennzeichnet; als Gründe für diesen Zustrom werden die alltagsweltliche Befreiung von festgelegten Lebensformen und der vergrößerte Möglichkeitshorizont der Lebensgestaltung genannt.⁸¹ Eine Voraussetzung dafür ist die Offenheit der Metropole nicht nur für *die* Fremden, sondern auch für *das* Fremde, also die sozialen Außenseiter und die kulturell Fremden, die in die große Stadt aufgenommen werden, ohne dass damit von vornherein soziale Anpassung und kulturelle Assimilation verbunden ist.⁸² Das unterscheidet die Stadt vom Land, wo die Fremden «einverleibt» werden, so dass sie nach einiger Zeit nicht mehr als Fremde erkennbar sind. Bleiben sie fremd, so werden sie den ländlichen Raum wieder verlassen; bleiben sie dort, gleichen sie sich den Alteingesessenen an. Die Stadt, die Großstadt jedenfalls, ist der Raum, wo der Fremde und das Fremde dauerhaft fremd bleiben können, wenn sie dies wollen; der Ort der Multiethnizität, der Vielsprachigkeit und der unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse. Die deutsche Bevölkerungsstatistik zeigt am Ende des 20. Jahrhunderts, dass 80 Prozent der Ausländer, aber nur 58 Prozent der Deutschen in Städten mit über 100 000 Einwohnern leben; «die Ballungsräume im Westen Deutschlands haben einen doppelt so hohen Migrantenanteil wie die ländlichen Räume, die Kernstädte sogar einen dreifach so hohen Anteil».⁸³ Es ist darum auch nicht verwunderlich, dass die meisten Flüchtlinge, die jetzt nach Deutschland kommen, in größeren Städten und nicht auf dem Land, in Kleinstädten oder Dörfern, leben wollen. Im kleinstädtisch-dörflichen Bereich ist aber die Integrationschance vergleichsweise größer als in der Großstadt, weil die Fremden hier zu sozialen Kontakten mit den Eingesessenen gezwungen sind.

Die Offenheit, die der urbane Raum für die Fremden darstellt, ist freilich nur möglich, weil die Stadtbewohner dem Fremden mit einer gewissen Gleichgültigkeit begegnen.⁸⁴ Die Fremden erregen wohl unsere Aufmerksamkeit, aber nur für kurze Zeit und eigentlich nur von ih-

rem Erscheinungsbild her, also qua Oberfläche. Diese Oberflächlichkeit ist die Kehrseite der urbanen Offenheit, gewissermaßen der Preis, der für sie zu zahlen ist. Der Soziologe Georg Simmel hat das am Berlin des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts untersucht, und ein Großteil der späteren stadtsoziologischen Studien beruht auf seinen Beobachtungen und Erklärungen.⁸⁵ Auch Zygmunt Bauman folgt dieser Spur, will aber einen postmodernen Umgang mit dem Fremden gegenüber dem von Simmel beschriebenen, für die Moderne typischen unterschieden wissen. Die moderne Stadt ist danach ein Ort des Fremden, das einander fremd bleibt und dabei unterschiedliche Modi gegenseitiger Akzeptanz entwickelt. Die postmoderne Stadt hingegen, so Bauman, belässt es dabei nicht, sondern spaltet den Fremden in ein Objekt der Begierde und eine Quelle der Furcht auf.⁸⁶ Bauman erläutert nicht weiter den Gegensatz von Begierde und Furcht, die sich beide mit dem Fremden verbinden, aber es ist ziemlich eindeutig, dass er dabei erotische Attraktion und gewaltbereite Präsenz, also sexuelle Kontakte und kriminelle Akte, im Auge hat.

Für die postmoderne Stadt ist demnach charakteristisch, dass das Fremde aus dem Modus der Vergleichgültigung ausbricht und dem Stadtbewohner wieder als wirklich Fremdes gegenübertritt. Der schweifende Blick gleitet nicht länger über das Fremde hinweg (was im Begriff des Blasierten festgehalten wird), sondern bleibt daran haften. Der Städter, eigentlich ein Routinier im Umgang mit dem Fremden, ist irritiert, und in seiner Wahrnehmung mischen sich Faszination und Furcht. Bauman führt diese Veränderung von der Moderne zur Postmoderne nicht weiter aus, aber es liegt nahe, dass die veränderten Grade oder Dimensionen von Fremdheit dabei eine zentrale Rolle spielen:⁸⁷ Die moderne Stadt, das Berlin der Jahrhundertwende etwa oder das New York des 20. Jahrhunderts, war in der Lage, auf die Herausforderung durch das Fremde mit Gleichgültigkeit zu reagieren, weil die Fremden aus unterschiedlichen, aber einander verwandten Kulturen kamen, die Grade der Fremdheit somit begrenzt waren und die Stadt als Domestikationsraum des Fremden dienen konnte. In der postmodernen Stadt sind aufgrund der Globalisierung die Grade der Fremdheit höher, die Anzahl der Fremden ist größer, und das hat zur Folge, dass die Gemeinsamkeit

des Städtischen die Unterschiedlichkeit des Fremden nicht mehr so ohne weiteres zu überwölben vermag. Das Fremde macht sich wieder als Fremdes bemerkbar, und es tut dies nicht zuletzt dort, wo es sich gegen seine Vergleichgültigung durch Urbanität zur Wehr setzt. Das kann die vollverschleierte Frau aus dem Vorderen Orient sein, das können aber auch Jugendliche sein, die durch aggressives Auftreten und Handeln ihr Fremd-bleiben-Wollen zelebrieren. Beide wehren sich gegen die Vergleichgültigungsmechanismen des Urbanen; sie orientieren sich nicht nur nicht an ihnen, sondern stellen sie demonstrativ in Frage. Die Urbanität als Ensemble von Indifferenzierungsmechanismen ist damit gefährdet. Was im Hintergrund aufscheint, ist der Zerfall der Stadt in Stadtteile, in Parallelgesellschaften, die sich gegeneinander abschotten und Grenzen im Innern der Stadt einziehen, die der Lebensform des Urbanen entgegengesetzt sind und sie im Verlauf der Zeit zu ruinieren drohen.

Lässt sich aus der Geschichte der Stadt etwas für den Umgang mit solchen Gefährdungen des Urbanen lernen? Für den Umgang mit Konstellationen, bei denen das Offene ins Geschlossene, ins Abgeschottete umzuschlagen droht? Um es zu dramatisieren: Gefährdet der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten aus Kulturen, die der westlichen Lebensweise gegenüber große Grade der Fremdheit aufweisen und in keiner Form auf eine urbane Lebensweise eingestellt sind, den Typus der europäischen Stadt? Ist die Stadt als Ort der Fremdheit womöglich doch nur begrenzt fähig, das Fremde zu absorbieren? Und gibt es eine Schwelle, deren Überschreiten das Selbstverständnis der westeuropäischen Stadt gefährdet? Die Vorgänge am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/16 sind von vielen jedenfalls so verstanden worden. Urbanität ist nur möglich, wo die Zusammenballung von Menschenmassen nicht zur Zudringlichkeit und Nötigung wird.

Wer diese Fragen stellt, stößt auf zwei Typen des Städtischen, die weitgehend unabhängig voneinander entstanden sind: die Polis der Griechen und die Megalopolis des Vorderen Orients, die im antiken Rom eine für das europäische Stadtmodell folgenreiche Verbindung eingegangen sind. Unter der altgriechischen Polis – exemplarisch für sie ist das klassische Athen – verstehen wir den handlungsfähigen Bürger-

verband, eine politische Einheit, die sich nicht auf den geographischen Raum beschränkt; durch ihre Fähigkeit, zusammen zu handeln, ist sie zu einer Einheit geworden, die ihre Geschicke selbst bestimmt. In den Schriften Hannah Arendts ist dieser Typ der Polis zum Inbegriff des Politischen erhoben worden, an dem das westliche Ideal von Freiheit, Selbstverfügung und Handlungsmacht beschrieben und als Zielvorgabe entwickelt wird.⁸⁸ Die Polis der Griechen war freilich keine Großstadt nach heutigen Vorstellungen, sondern in ihren Ausmaßen durch die Reichweite der «Bürgerfreundschaft» begrenzt, also jene von Aristoteles beschriebene Mischung aus Bekanntheit und Vertrauen, dazu einen gemeinsamen Wertehorizont und die auf diesen gegründete Bereitschaft, gemäß den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten Aufgaben zu übernehmen, die das Zusammenleben aller betreffen.

Ein solcher Bürgerverband ist für Fremde nur sehr begrenzt offen; er ist vielmehr bestrebt, gewisse Abstufungen des Fremden vorzunehmen, um ein Mittelstück zwischen den inklusiven Bürgerverband (*polites*) und den Fremden (*xenos*) zu schieben. In Athen nannte man die entsprechenden Personen Metöken, was mit Beisasse eher schlecht als recht übersetzt ist. Es handelte sich dabei um Hellenen, die nicht in doppelter Linie athenische Großeltern aufwiesen und deswegen dem Verband der mit gleichen Partizipationsrechten ausgestatteten Bürger nicht angehörten. Aristoteles war ein solcher Metöke. An dieser Konstruktion von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit ist wichtig, dass durch eine Kombination von Inklusions- und Exklusionsmechanismen die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Bürgerverbands hergestellt wurde, ohne den die Selbstregierung der Stadt nicht möglich war. Dabei galt das Prinzip einer Gleichheit der Bürger, während die Fremden in Stufen der Ungleichheit sortiert wurden.⁸⁹ So wurde eine schroffe Gegenüberstellung von eigen und fremd, zugehörig und nicht zugehörig vermieden. Dieser Praxis des Einstufens begegnen wir heute in dem unterschiedlichen Rechtsstatus wieder, den Asylbewerber je nach Fortschritt beziehungsweise Ergebnis ihres Antragsverfahrens haben.

Von dem Polistypus der Stadt, der in den oberitalienischen und oberdeutschen Handelsstädten des Mittelalters wieder auflebte, sind die Großstädte des östlichen Mittelmeers und Vorderen Orients zu unter-

scheiden, für die Babylon der exemplarische Fall ist: Räume der Multikulturalität und der Vielsprachigkeit,⁹⁰ des kommerziellen wie kulturellen Austauschs, des Reichtums und seiner selbstbewussten Darstellung in ehrgeizigen Bauprojekten («Turmbau zu Babel») – aber diese Riesenstädte haben den Schritt zur Selbstregierung nicht geschafft, sondern verblieben unter der Herrschaft eines Fürsten. Die Megalopolis des Vorderen Orients war wohl zu begrenzter Selbstverwaltung, nicht jedoch zur Selbstregierung fähig, und das hatte auch mit der Vielfalt des Fremden in ihrem Raum zu tun. Die alttestamentarische Erzählung von der babylonischen Sprachverwirrung, mit der Gott die Weiterführung des Turmprojekts beendet habe, steht exemplarisch für das Ende einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit infolge sprachlicher Fremdheit. Im Unterschied zur Polis muss die kommerzielle, aber nicht politische Stadt auch nicht auf die Sittlichkeit ihrer Bürger achten, die Ermöglichung gegenseitigen Vertrauens und Zutrauens, sondern kann Ausschweifungen aller Art ignorieren.⁹¹ Nicht zuletzt die Ansammlung der Fremdenheiten in den Großstädten des Vorderen Orients sorgte dafür, dass diese als Orte der Sittenlosigkeit, der Gottlosigkeit und des permanenten Frevels angesehen wurden. Ninive und Babylon sind dafür sprichwörtlich geworden.

Im antiurbanen Affekt, der sich in den Büchern des Alten wie des Neuen Testaments findet, kommt zum Typus der politischen Stadt und der kommerziellen Metropole noch ein Drittes hinzu: das radikale Misstrauen gegenüber jeder Form des Städtischen, das als ein Raum der Sündhaftigkeit und des Sittenverfalls gedacht wird. Der Stadt, zumal der Großstadt, wird die Wüste als ein Raum der Gottesnähe und der Sittensstrengung gegenübergestellt: Nur wenn einem die Stadt und ihre Versuchungen fremd bleiben, kann man ein gottgefälliges Leben führen. Es ist darum kein Zufall, dass sich der islamische Dschihadismus, wenn er zum Mittel der Terrorattacke greift, vorzugsweise die Zentren von Großstädten aussucht. Das hat taktische Gründe, weil mit Terrorattacken im städtischen Raum die größten Effekte zu erzielen sind; aber es hat auch mit der Verachtung des Urbanen zu tun, die überall dort anzutreffen ist, wo religiöse Inbrunst im Spiel ist. Das hat sich auch in den

Anschlägen von Paris, zunächst gegen ein Satiremagazin, später gegen eine Musikhalle, allzu deutlich gezeigt.

Der Zustrom der Migranten und Flüchtlinge in die europäischen Städte ist also, was das Verhältnis von Stadt und Fremden anlangt, unter (mindestens) drei Gesichtspunkten zu betrachten: dem der Stadt als Ort der Ansiedlung von Fremden, in dem ihnen Raum gelassen wird, Elemente ihrer Herkunft zu bewahren; sodann dem der Stadt als Zentrum des Politischen, das diese Fremdheit begrenzt, um die Fähigkeit zur Selbstverfügung zu entwickeln und den urbanen Raum nicht zu einem bloßen Raum des Kommerziellen werden zu lassen; und schließlich dem jenes Teils der Flüchtlinge und Mi-granten, in deren Augen die Stadt – und für sie vor allem die europäische Stadt unserer Tage als Raum der Offenheit und Freiheit – ein Ort sündhafter Gottlosigkeit ist, der bestraft werden soll.⁹² Jede Form von Integration muss sich diesen drei Wahrnehmungen der Stadt stellen, und die Europäer werden nicht vermeiden können, Präferenzentscheidungen hinsichtlich der relativen Wertigkeit der unterschiedlichen Typen von Stadt zu treffen.

[...]

Endnoten

1 Brecht, «Die Landschaft des Exils»; in: ders., *Gesammelte Gedichte*, Frankfurt am Main 1976, Bd. 3, S. 831.

2 Dazu Herfried Münkler, «Sicherheit und Freiheit», S. 13 ff.

3 Der von Giorgio Agamben in dem Buch *Homo sacer* für die Häftlinge in den Lagern totalitärer Regime neu geprägte römische Begriff des *homo sacer* ist heute auf die Flüchtlinge anzuwenden. *Homo sacer* wird von Agamben definiert als der Mensch, der getötet werden kann, aber nicht geopfert werden darf, dessen Leben also für die Gemeinschaft keinen Wert hat.

4 Auch wenn Katja Kipping den Titel ihres Buches *Wer flüchtet schon freiwillig* bewusst als Frage ohne Fragezeichen formuliert, ist die Entscheidung, zu fliehen oder zu migrieren, doch eine freie. Andernfalls müsste man von Deportation sprechen.

5 Die mitunter völlig illusionären Vorstellungen, die Migranten am Grenzzaun der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla von einem Leben in Europa haben, sind beschrieben bei Hackensberger, «Der Tod als Waffe»: Je größer die Erwartung, was ein gutes Leben in Europa betrifft, desto größer die Bereitschaft, dafür unkalkulierbare Risiken einzugehen, den Tod eingeschlossen.

6 Die historischen Analysen der Migrationsforschung zeigen eine größere Komplexität der Migrationsursachen (vgl. Bade, *Europa in Bewegung*, insbes. S. 85 ff. und 233 ff., Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 20–32, sowie Oltmer, *Globale Migration*, S. 14–32); für das hier behandelte Problem genügt zunächst jedoch die Unterscheidung zwischen einer wesentlich aus freiem Entschluss erfolgenden Migration und einer unter dem «Zwang der Umstände» erfolgenden Flucht.

7 Vgl. Rawlence, *Stadt der Verlorenen*, passim.

8 Scheffer, «Gesucht wird ein neues Wir», S. 65.

9 Vgl. Gerlach, *Der verpasste Frühling*, S. 138 ff.

- 10 Zu den frühneuzeitlichen Söldnern, etwa Schweizer Reisläufern oder oberdeutschen Landknechten, als transeuropäischen Migranten vgl. Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 48 f.
- 11 Zum Begriff des «Pioniermigranten» vgl. Oltmer, *Globale Migration*, S. 22.
- 12 Zu den «Ruhrpolen» vgl. Bade, *Europa in Bewegung*, S. 78 ff.
- 13 Schumpeter, «Schöpferisches Reagieren in der Wirtschaftsgeschichte», S. 183 ff.
- 14 Albert Hirschman hat in seinem Buch *Abwanderung und Widerspruch* die gesellschaftlichen und politischen Effekte der Exit-Option einer gründlichen Analyse unterzogen.
- 15 Dazu grundsätzlich Münkler, *Kriegssplitter*, S. 301 ff.
- 16 Zu Irland vgl. Bade, *Europa in Bewegung*, S. 67, und Oltmer, *Globale Migration*, S. 40–49; zu Deutschland im 19. Jahrhundert Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 56–63; zu Italien Bade, *Europa in Bewegung*, S. 89 ff. und 162 ff.
- 17 Auf diese Aspekte der Auswanderung hat Paul Collier in seinem kontrovers diskutierten Buch *Exodus*, S. 189–241, aufmerksam gemacht; zu einer kritischen Sicht auf Colliers Buch vgl. Malik, «Europas Gespür für Menschlichkeit», S. 42 f.
- 18 Bacci, *Kurze Geschichte der Migration*, S. 120 f.
- 19 Ebd., S. 121.
- 20 Böllhoff, «In der Altersfalle»; in: *Die Welt*, 23. Januar 2016, S. XIII.
- 21 Vgl. Münz / Seifert / Ulrich, *Zuwanderung nach Deutschland*, S. 28 ff., 53 ff. und 75 ff.
- 22 Vgl. unten, S. 225 ff.
- 23 Dazu Wokart, «Differenzierungen im Begriff ›Grenze‹», S. 275 ff.
- 24 Vgl. Medick, «Grenzziehungen und die Herstellung des politisch-sozialen Raumes», S. 211 ff.
- 25 Das Verbot, mit Menschen Handel zu treiben, war im ostafrikanisch-arabischen Raum ungleich schwieriger durchzusetzen, weil der Sklavenhandel hier größtenteils über Landrouten erfolgte, sodass die britischen Kriegsschiffe, die das Verbot überwachen sollten, keine Rolle spielten.
- 26 Bauman, *Liquid Modernity*.

- 27 Kapp, *Vergleichende Allgemeine Erdkunde*, S. 90 ff. Der Begriff potamisch bezieht sich auf griech. *potamos*: Fluss / Strom. Die Theorie Kapps ist von der geographischen Schule Carl Ritters und der Hegel'schen Geschichtsphilosophie geprägt.
- 28 Diese Überlegungen schließen an die Unterscheidung zwischen dem Glatten und dem Gekerbten bei Deleuze / Guatteri, *Tausend Plateaus*, insbes. S. 657 ff., an, in der das Nomadische dem Glatten zugeordnet wird (S. 481), im Glatten jedoch keine weiteren Differenzierungen vorgenommen werden.
- 29 Der Begriff thalassisch bezieht sich auf griech. *thalatta*: das Meer, präziser Binnenmeer.
- 30 Braudel, *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt*, insbes. Bd. 1, S. 145 – 240.
- 31 Zum Schwarzmeerraum als geoökonomischer Einheit und zu seinem soziokulturellen Zusammenhang vgl. Ascherson, *Schwarzes Meer*, passim; zur Rolle der italienischen Seerepubliken am Schwarzen Meer exemplarisch Pittioni, *Genua – die versteckte Weltmacht*; zum Ostseeraum ist zentral Komlosy / Nolte / Sooman (Hgg.), *Ostsee 700–2000*.
- 32 Dieser Aspekt ist ausgearbeitet bei Borgolte, «Migrationen als transkulturelle Verflechtungen», insbes. S. 265 f.
- 33 Für eine Darstellung des niederländischen Seereichs vgl. Boxer, *The Dutch Seaborne Empire*.
- 34 Dazu Oltmer, *Globale Migration*, S. 72 ff. und 94.
- 35 Zur deutschen Kriegswirtschaft vgl. Münkler, *Der Große Krieg*, S. 566 ff.; zu den kolonialen Arbeitskräften in Frankreich und Großbritannien Leonhard, *Die Büchse der Pandora*, S. 784 ff.
- 36 Bauman, «Die Ausgegrenzten der Moderne», S. 77.
- 37 Zur Geschichte der Grenze zwischen den Staaten – und wie sie mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hat – vgl. Medick, «Grenzbeziehungen», S. 211 ff.
- 38 Dazu ausführlich und unter Berücksichtigung der verschiedenen Schulen des Merkantilismus: Pribram, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, Bd. 1, S. 73 – 180.
- 39 Zum grenzüberschreitenden Arbeitskräfteaustausch in Europa vgl. Bade, *Europa in Bewegung*, S. 17 – 231; zur Entstehung von Kon-

- trollregimen der Arbeitsmigration vgl. Noiriel, *Die Tyrannei des Nationalen*, S. 140–221.
- 40 Zur Geschichte der europäischen Integration vgl. Gehler, *Europa*, S. 110–160.
- 41 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Februar 2016, S. 17.
- 42 Dazu Bade, *Europa in Bewegung*, S. 98–180.
- 43 Ebd., S. 70.
- 44 Die zirkuläre Arbeitsmigration aus Osteuropa ist komplementär zur Auswanderung west- und mitteleuropäischer Bauern (und seit dem 19. Jahrhundert auch Handwerker) nach Russland; dazu Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 42 ff.
- 45 Vgl. Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 56 ff. und 80–82.
- 46 Oltmer, *Globale Migration*, S. 51 f.; vgl. auch Bade, *Europa in Bewegung*, S. 29 f.
- 47 Zum staatlichen Kontroll- und Regulationssystem in Gestalt von Identitätsausweis und Arbeitsgenehmigung vgl. Noiriel, *Die Tyrannei des Nationalen*, S. 140–221.
- 48 Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 114.
- 49 Zur nationalen Zusammensetzung der nach (West-)Deutschland gekommenen Ausländer vgl. Oltmer, *Globale Migration*, S. 111.
- 50 Vgl. ebd., S. 115 f.
- 51 Ebd., S. 115.
- 52 Vgl. Angenendt, «Migration als Entwicklung», S. 197.
- 53 Zit. nach Michael Mertens, «Staatlich geförderte Auswanderung»; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Februar 2016, S. 2.
- 54 Oltmer, *Globale Migration*, S. 115.
- 55 «Städte waren angesichts schlechter sanitärer Verhältnisse und entsprechend hoher Sterblichkeit von kontinuierlicher Zuwanderung abhängig.» Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration*, S. 24.
- 56 Häußermann / Oswald (Hgg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*, S. 9; mit Differenzierungen Bade, *Europa in Bewegung*, S. 71 ff.
- 57 Zur Geschichte der Seuchen vgl. vor allem die monumentale Arbeit von Winkle, *Geißeln der Menschheit*, speziell zur Pest im Mittelalter, S. 435–464; das Problem städtischer und ländlicher Mortalitätsra-

ten ist eng mit der Frage des Erregers verbunden, die für den «Schwarzen Tod» in der Mitte des 14. Jahrhunderts nach wie vor ungeklärt ist; dazu Vasold, *Pest, Not und schwere Plagen*, S. 80–91. Obrigkeitliche beziehungsweise kommunale Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Seuchen und Epidemien zeigten am ehesten im städtischen Rahmen Wirkung. Die Rolle des Staates bei der Kontrolle von Migranten im Zusammenhang mit der Seuchengefahr beschreibt Briese, *Angst in den Zeiten der Cholera*, Bd. 1, S. 233 ff.

58 Dazu Mumford, *Die Stadt*, Bd. 1, S. 336–348.

59 Insbes. Levinas, *Die Spur des Anderen*, und Flusser, *Von der Freiheit des Migranten*; für eine sorgfältige Diskussion dieser Positionen vgl. Liebsch, *Für eine Kultur der Gastlichkeit*, S. 81 ff. sowie 113 ff.

60 Die Vorstellung, dass die Christen in dieser Welt nur Pilger, nur Durchreisende seien und hier keine Heimat finden wollten, ist die Grundlage für Augustinus' Werk *Vom Gottesstaat* (*De civitate Dei*). Richard Sennett hat diesen Gedanken gleich zu Beginn seines Buches *Civitas* (S. 20 f.) aufgegriffen und ist auf ihn in der Abfolge seiner Stadtanalysen immer wieder zurückgekommen. Vgl. auch das Kapitel «Das moderne Leben als Pilgerreise» bei Bauman, *Flaneure, Spieler und Touristen*, S. 136–150.

61 Die Idee der Ablösung einer identitätsverbürgenden Gesellschaft, womöglich sogar Gemeinschaft im Sinn von Ferdinand Tönnies (*Gemeinschaft und Gesellschaft*), durch ein System netzwerkförmig miteinander verbundener Weltmetropolen ist beispielhaft von Saskia Sassen (*Machtbeben*, S. 105 ff., sowie *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*, passim) ausgearbeitet worden; weitgehend skeptisch gegenüber dem Nomadismus, den er als Signum unserer Zeit begreift (S. 108 ff.), und mit einem ausdrücklichen «Lob der Grenzen» hingegen Schlögel, *Planet der Nomaden*, insbes. S. 121 ff.

62 Eine knappe Zusammenfassung dieser «neuen Nomadologie» findet sich bei Liebsch, *Für eine Kultur der Gastlichkeit*, S. 113–116.

63 Zit. nach Ascherson, *Schwarzes Meer*, S. 91; vgl. auch Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*.

64 Flusser, *Von der Freiheit des Migranten*, S. 16 f. Als Avatar bezeichnet man den virtuellen Stellvertreter einer Person in der Literatur

und im Internet. Gelegentlich wird das Wort irrtümlich zu Atavaren verdreht, was offenbar auch Flusser unterlaufen ist.

65 Vgl. Bachelard, *Poetik des Raumes*.

66 Vgl. dazu Liebsch, *Für eine Kultur der Gastlichkeit*, S. 88–94.

67 Vgl. Levinas, *Die Spur des Anderen*.

68 Bauman, *Flaneure, Spieler und Touristen*, S. 157 f.

69 Ebd., S. 159.

70 Für eine knappe Zusammenfassung dessen vgl. Münkler, *Mitte und Maß*, S. 158–163.

71 Erstaunlicherweise hat Jan Assmann in seiner großen Exodus-Monographie das Motiv des Auszugs sehr viel stärker betont als das der Ankunft, indem er neben den Auszug den Bund gestellt und auf ein eigenes Kanaan-Kapitel verzichtet hat. Assmann, *Exodus*, S. 123 ff. und 223 ff.; dagegen ist die Aussicht auf die Ankunft sehr viel stärker herausgestellt bei Walzer, *Exodus und Revolution*, S. 107 ff.

72 Exemplarisch dafür Oulios, «Die Grenzen der Menschlichkeit», S. 75–88.

73 Ebd., S. 81 f.

74 Ebd., S. 85. Oulios hat diese Vorstellungen auch in dem Buch *Blackbox Abschiebung* entwickelt.

75 Eco, «Nichtkontrollierbares Naturphänomen», S. 210.

76 Ebd., S. 212.

77 Wie komplex das Verhältnis von Offenheit und Geschlossenheit ist und wie wenig dem durch den Rekurs auf lineare Prozesse und schon gar nicht auf gute Absichten beizukommen ist, zeigen die soziologischen Denkübungen bei Nassehi, *Geschlossenheit und Offenheit*, passim.

78 Taylor, *Quellen des Selbst*, S. 52–60. Teilweise verwendet Taylor den Begriff des Rahmens synonym mit Horizont (bspw. S. 55). In seiner Studie über die politische Philosophie Taylors spricht Hartmut Rosa (*Identität und kulturelle Praxis*, S. 98 ff.) auch von «moralischen Landkarten».

79 Ausgangspunkt der Studien Putnams zum Sozialvertrauen ist dessen zusammen mit Leonardi und Nanetti verfasste Studie über Probleme der italienischen Demokratie (*Making Democracy work*), der dann

eine pessimistische Diagnose der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in den USA (*Bowling alone*) folgte; vgl. auch die von Putnam angeregte, komparativ angelegte Untersuchung *Gesellschaft und Gemeinsinn* sowie seine Bemerkungen zu den Grenzen der Vielfalt, die Sozialverbände verkraften können, ohne ihren auf Vertrauen gegründeten Zusammenhalt zu gefährden («E Pluribus Unum»).

80 Collier, *Exodus*, S. 81.

81 Lindner, «Offenheit – Vielfalt – Gestalt», S. 386.

82 Zur Unterscheidung zwischen *die Fremde*, *das Fremde* und *der Fremde* vgl. Marina Münkler / Werner Röcke, «Der Ordo-Gedanke und die Hermeneutik der Fremde im Mittelalter», S. 711 ff., sowie M. Münkler, *Erfahrung des Fremden*, S. 147 ff.

83 Krummacher, «Zuwanderung, Migration», S. 322.

84 Vgl. Stichweh, «Der Fremde», S. 55 ff.

85 Zu nennen ist hier neben Sennetts *Civitas* vor allem Lofland, *A World of Strangers*.

86 Vgl. hierzu und zum Folgenden das Kapitel «Ein Wiedersehen mit dem Fremden» in Baumans Buch *Flaneure, Spieler und Touristen*, S. 205–225.

87 Dazu Stagl, «Grade der Fremdheit», S. 85 ff., sowie Münkler / Ladwig, «Dimensionen der Fremdheit», S. 11 ff.

88 Zu nennen ist hier vor allem Arendts Hauptwerk *Vita activa*, insbes. S. 27–75.

89 Die Gleichheit / Gleichwertigkeit der Bürger (*isonomia*) ist nicht gleichbedeutend mit der Demokratie, aber doch ein entscheidender Schritt in deren Richtung.

90 Es kommt nicht von ungefähr, dass in den 1990er Jahren verfasste Arbeiten zu multikulturellen Lebensformen auf das Modell Babylon zurückgegriffen haben; vgl. etwa Cohn-Bendit / Schmid, *Heimat Babylon*, insbes. S. 315 ff.; auch für Leggewie (*multikulti*, S. 31–42) ist die Geschichte vom Turmbau und von der Sprachverwirrung in Babylon ein «soziologisches Gleichnis».

91 Vgl. hierzu nach wie vor den großartigen Essay von Arno Borst, «Babel oder Jerusalem?», S. 15 ff.

92 Dazu Scholz / Heinisch, *Charlie versus Mohammed*, S. 23–35.